

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Nr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Reinhardt, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Eine schwere Belastungsprobe.

Bekanntlich sind auf Grund der geltenden Tarifverträge am 12. resp. 14. Februar in nicht weniger denn 21 Orten Änderungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten, die teilweise in Verkürzungen der Arbeitszeit, teilweise in Erhöhungen der Löhne bestanden. Ueber die Einzelheiten dieser Änderungen ist bereits in einer in Nr. 6 unserer Zeitung an leitender Stelle veröffentlichten Bekanntmachung des Vorstandes das Nötige mitgeteilt worden. Unter den Orten, an denen am genannten Termin Vertragsänderungen in Kraft treten, befindet sich nun auch Berlin. Dort sollte am 14. Februar die bis dahin 52stündige wöchentliche Arbeitszeit um 1 Stunde verkürzt werden, also die 51stündige Arbeitszeit zur Einführung gelangen. Niemand hatte geahnt, daß der Durchführung dieser Vertragsbestimmung irgendwelche Hindernisse bereitet werden würden, und doch hat gerade diese einfache Sache, wie es die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde ist, den organisierten Unternehmern Anlaß zu einem schweren Schlag wider die Arbeiterschaft gegeben.

Unsere Leser sind ja bereits in letzter Nummer unserer Zeitung über die Treibereien der Unternehmer hinreichend unterrichtet worden. Obwohl nach dem Wortlaut des Vertrages „die Festsetzung des Beginnes und Schlusses der Arbeitszeit, sowie die Verteilung der Arbeitspausen . . . der freien Vereinbarung“ unterliegt und obwohl alles, was auf die Durchführung des Vertrages sich bezieht, nur nach vorheriger Verständigung zwischen den beiderseitigen Vertragskontrahenten vorgenommen werden kann, haben die Unternehmer in diesem Falle einseitig über die Durchführung der einstuündigen Arbeitszeitverkürzung entscheidungsvolle Beschlüsse gefaßt. Es wurde beschlossen, die einstuündige Arbeitszeitverkürzung dergestalt durchzuführen, daß eine Besperzeit von 10 Minuten pro Tag obligatorisch eingeführt werde, und die Unternehmer wurden geradezu unter Drohungen verpflichtet, für die Durchführung dieses einseitig gefaßten Beschlusses Sorge zu tragen. Davon, daß man sich über die Durchführung dieses Beschlusses mit den Arbeitern, dem anderen wichtigen Träger des Vertrages, erst verständigen müsse, war bei den Unternehmern gar keine Rede. So will ich es, so befehle ich es, war der deutliche Ausdruck ihrer Reden und Beschlüsse. Durchaus von dieser Auffassung beherrscht war auch ein weiterer Beschluß der Unternehmer, wonach für die Stundenlohnarbeiter mit der Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde wöchentlich auch eine Verkürzung des Lohnes um einen Stundenlohn eintreten solle. Dieses ganze Auftreten der Unternehmer muß als ein schwerer Schlag gegen die Arbeiter empfunden werden und wird von ihnen auch nicht anders empfunden.

Nach dem Vertrag ist die wöchentliche Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden, also um eine Stunde zu verkürzen. Als Verkürzung der Arbeitszeit ist, wie unser Vorstand in einer Verwahrung an den Vorstand des Arbeiterschutzbundes mit Recht hervorhebt, noch zu allen Zeiten und an allen Orten die Verkürzung des Aufenthalts in der Werkstätte betrachtet worden. Und daß auch im vorliegenden Falle eine Verkürzung nur in diesem Sinne in Frage kommen kann, ist aus den Verhandlungen in Berlin vor Abschluß des Vertrages, insbesondere auch aus der damaligen Stellungnahme der Arbeitgeber deutlich hervorgegangen.

Ebenso ist, wie der Vorstand sehr richtig hervorhebt, bei allen seitherigen Verhandlungen und allen Vertragsabschlüssen auch von der Leitung des Arbeiterschutzbundes stets als selbstverständlich hingestellt worden, daß der Lohnausfall bei eintretender Arbeitszeitverkürzung unter allen Umständen noch außer einer etwaigen Lohn-erhöhung vom Unternehmer zu decken ist. Auf diese Selbstverständlichkeit ist auch in den Versammlungen der Berliner Unternehmer sowohl als in der „Nachzeitung“ während der Aussperrung in Berlin vor zwei Jahren, also vor dem Abschluß des geltenden Vertrages, wiederholt hingewiesen worden.

Erklärte doch Herr Brh in einer Meisterversammlung am 21. Januar 1907 (siehe Nr. 5 Jahrg. 1907 der „Nachzeitung“):

„Die Arbeiter fordern nicht nur 10 Proz. Lohn-erhöhung, sondern noch die Erhöhung der Abschlagszahlung, die Verkürzung der Arbeitszeit usw., das alles zusammen macht eine Erhöhung der Produktionskosten von zirka 20 Prozent aus.“

Und noch 7 Wochen später erklärte die „Nachzeitung“ im Leitartikel, daß die Gewährung der geforderten zweimaligen Erhöhung des Postgeldes je 6 Proz., zusammen also 12 Proz. bedeute. „Außer dem müßte bei der Verkürzung der Arbeitszeit natürlich (1), um den Ausfall zu decken, prozentual zugelegt werden, so daß im Verlaufe von zwei Jahren . . . sich eine Lohn-erhöhung von 16 bis 17 Proz. ergeben haben würde.“ So hat auch Nahardt bei allen Verhandlungen, u. a. auch in der Versammlung im Rathaus zu Berlin am 10. Dezember 1907 immer wieder betont, außer den Lohnforderungen der Gehilfen hätten die Unternehmer doch noch mit dem Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzungen zu rechnen.

Es gehört also nicht viel Scharfsinn dazu, um zu erkennen, daß die Beschlüsse der Berliner Unternehmer in dieser Frage direkt gegen alle seither geübte Praxis bei Durchführung der Verträge verstoßen.

Unsere Berliner Kollegen haben, als alle Versuche auf Herbeiführung einer Vereinbarung über die strittigen Fragen an dem Widerstand der Unternehmer, von ihnen einseitig gefaßt, die Interessen der Arbeiter schädigenden Beschlüssen abzulassen, scheideten, das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts angerufen.

Das Einigungsamt hat nun in seiner Sitzung vom 12. Februar einen Spruch gefällt, der weder kalt noch warm ist.

Dieser Schiedsspruch verbessert die Situation der Kollegen keineswegs. Die Hauptfrage beantwortet er mit einem Fragezeichen, und in der Frage des Lohnausgleichs bedeutet der Spruch auch eine teilweise Ablehnung der so wohlbegründeten Forderungen der Arbeiter. Wir müssen den Spruch hinnehmen, wie er ist, da es gegen Schiedssprüche des Einigungsamtes nach dem Vertrag eine Berufung nicht gibt. Als Anhänger des Tarifvertragswesens denken wir auch gar nicht daran, gegen die Durchführung dieses Spruches irgend etwas zu unternehmen, so lange der Vertrag in Kraft ist. Das hindert uns aber nicht auszusprechen, daß das Vorgehen der Berliner Unternehmer in dieser speziellen Frage, wie das Auftreten der organisierten Unternehmer im letzten Jahre überhaupt, schweren Schaden für die Tarifbewegung in der Holzindustrie im Gefolge haben muß.

Seit über 10 Jahren wird von unserer Organisation aus der Tarifforderung propagiert. Mit wenigen Ausnahmen sind wohl alle unsere Kollegen zu warmen Anhängern der Tarifbewegung geworden. Unserem Einfluß ist es auch in der Hauptsache zuzuschreiben, daß man im Unternehmerlager immer mehr Interesse für die Tarifbewegung gewann. Man konnte deshalb erwarten, daß es in absehbarer Zeit in der Holzindustrie zum Abschluß eines Tarifvertrages auf breiterer Grundlage kommen werde. Alle diese Hoffnungen sind durch das Auftreten der Unternehmer in Berlin und anderwärts vernichtet worden.

Unsere Kollegen haben beobachten müssen, wie die Unternehmer die Verträge in Wutz und Niel gebrochen haben, wie Herr Nahardt sich mit der Schaffung einer gelben Holzarbeiterorganisation beschäftigte, deren Spitze sich ausschließlich gegen die vertragstreuen Arbeiterverbände in der Holzindustrie richtete. Sie sahen, wie im letzten Jahre viele Unternehmerorganisationen das in Leipzig geschaffene Tarifwerk durchbrachen und den Arbeitern die unerhörtesten Zumutungen stellten. Nun müssen sie wieder sehen, wie ganz gegen die bisherige Vertragspraxis den Arbeitern, die auf Grund des Vertrages eine Besserung ihrer Lage erwarteten, eine Verschlechterung derselben zugemutet wird. Das ist schließlich doch wohl mehr, als unsere Kollegen vertragen können, und mögen sie noch so überzeugte Anhänger des Tarifwesens sein.

Diese letzten Vorgänge in Berlin sind für die Tarifsache um so verhängnisvoller, weil sie nach dem ganzen Auftreten der Unternehmerführer von den Arbeitern als

eine direkte Verhöhnung, als eine Provokation empfunden werden müssen.

Der Arbeitgeberverband treibt ein gefährliches Spiel. Er, der es gewissermaßen als seine „Lebensaufgabe“ hinstellte, in der Holzindustrie geregelte tarifliche Verhältnisse und einen Reichstaxi zu schaffen, hat in den letzten zwei Jahren durch sein ganzes Auftreten der Tarifsache mehr geschadet denn genützt. Und besonders die letzten Vorgänge in Berlin bedeuten für die Tarifbewegung in der Holzindustrie eine schwere Belastungsprobe. Es wird da vieler Anstrengungen bedürfen, um diesen schweren Schädigungen und Provokationen der Arbeiter zum Trotz die Tarifsache zu fördern.

Die „Nachzeitung“ bringt wieder eines ihrer berühmten Plakate, das der Durchführung der einseitig gefaßten Unternehmerbeschlüsse dienen soll. Selbstverständlich lehnen es unsere Kollegen ab, die Beschlüsse der Unternehmer, die einseitig gefaßt und somit vertragswidrig sind, zu befolgen. Mehrigens sei auch an dieser Stelle festgestellt, daß die Unternehmer durch die Verbreitung dieses Plakats die Beschlüsse des Einigungsamtes in der Arbeitszeitfrage ver-
lehen.

Wie bereits mitgeteilt, hatte die Berliner Zahlstelle das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen zwecks Entscheidung über die Frage der Durchführung der durch Vertrag zugesicherten Arbeitszeitverkürzung. Der Antrag unserer Zahlstelle an das Einigungsamt lautete:

Das Einigungsamt wolle entscheiden:

Die Verkürzung der Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden, die am 14. Februar 1909 nach dem Vertrag zwischen „Freier Vereinigung der Holzindustriellen und dem Holzarbeiterverband“ eintreten muß, ist in der Weise vorzunehmen, daß diese Stunde am Anfang oder am Schluß der täglichen Arbeitszeit in Abrechnung gebracht wird.

Eine Kürzung des bisher gezahlten Lohnes darf nicht vorgenommen werden. Bei Stundenlöhnen muß ein Ausgleich insoweit stattfinden, daß der bisher pro Woche gezahlte Lohn weiter gezahlt werden muß.

Die Unternehmer hatten gleichfalls einen Antrag eingereicht, um bei dieser Gelegenheit noch einige Vorteile für sich im paritätischen Arbeitsnachweis herauszuschlagen. Sie verlangten, daß auf den Arbeitslosenmeldezetteln die Frage nach der Organisationszugehörigkeit entfernt wird und daß ihre beiden Angestellten nur noch den Bureau-dienst im Nachweis versehen, nicht mehr nach dem Arbeitslosensaal hinausgehen, keine Stellen ausrufen und keine Arbeitslosenkarten abstempeln sollen.

In der am 12. Februar stattgefundenen Verhandlung des Einigungsamtes begründeten die Vertreter des Holzarbeiterverbandes die Beschwerde gegen die Unternehmer in folgender Weise.

Der Vertrag schreibt eine Verkürzung der Arbeitszeit vor. Ueber Anfang und Ende der Arbeitszeit sowie die Verteilung der Pausen haben sich die Parteien zu verständigen. Durch die einseitige Diktierung der beschlossenen Besperpause ist diese im Vertrag vorgesehene Verständigung verhindert worden. Beschluß und Bekanntmachung der Meister ist zu Unrecht erfolgt. Es muß ihnen durch einen Schiedsspruch unterlagt werden, einseitig und ohne vorherige Verständigung mit den Arbeitern besondere Pausen zum Bessern einzuführen.

Die Einführung der Besperpause ist eine Umgehung der vertragspflichtigen Arbeitszeitverkürzung. Aus der von den Arbeitgebern selbst angeführten Begründung geht das deutlich hervor. Sie führen an, es würde jetzt schon in allen Betrieben geübt. Es soll also für das angeblich jetzt schon übliche Bessern nur formell eine Pause niedergeschrieben werden und somit die Arbeitszeit genau dieselbe bleiben wie vordem. Es trifft übrigens gar nicht zu, daß die Gesellen ohne Zustimmung und gegen den Willen der Arbeitgeber das Bessern wieder eingeführt haben. Während früher bei der Arbeit nur Bier oder gar Schnaps getrunken wurde, trinken viele Arbeiter jetzt dafür Kaffee. Wenn die Arbeitgeber sich dagegen wenden, so ist das auch von ihrem eigenen Gesichtspunkte aus unverständlich. Was stehen aber jetzt in manchen Betrieben besondere Besperpausen, so ist das ein anerkannter vertragsmäßiger Zustand, der auch dann noch in Geltung bleiben muß, wenn die Arbeitszeit verkürzt ist. Die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit ist stets so begründet worden, daß ein

früherer Arbeitsfluß den Nutzen derselben bedeutet. Den Arbeitgebern können nur drei Vorschläge gemacht werden, erstens, Montags und Sonnabends je eine halbe Stunde früher Feierabend, zweitens, oder Sonnabends eine Stunde früher Feierabend, drittens, Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Freitags je eine Viertelstunde früher Feierabend einzuführen.

Im weiteren ist es eine vertraglich unzulässige Lohnreduzierung, wenn die Arbeitgeber den Wochenlohn um eine Stunde herabsenken wollen. Der Vertrag ist so abgeschlossen worden, daß bei 51 Stunden der gleiche Wochenlohn wie vorher bei 52 Stunden gezahlt wird. Die Forderungen sind von den Verbandsvertretern stets so begründet worden. Auch die Arbeitgeber waren dieser Ansicht, wie sie ja durch ihre Ausführungen in ihren Versammlungen und in der Unternehmerpresse bewiesen haben. Ihre damalige Preiserhöhung von 7 Proz. begründeten sie damit, daß sie durch die fünfprozentige sofortige Lohnreduzierung und durch die weiteren Lasten des Vertrages notwendig war. Falsch ist es, daß für die Berliner Holzindustrie Stundenlöhne üblich sind und nur die gleichen Stundenlöhne weitergezahlt wären. In Berlin werden die Löhne immer als Wochenlöhne vereinbart, stets werden Verdienst und Löhne nur wochenweise berechnet und gezahlt und niemals hieß es in den Tarifen und Verträgen der Berliner Holzindustrie anders als Wochenverdienst, wöchentliche Abschlagszahlung und Wochenlohn. Nach dem Vertrage muß der gleiche Wochenlohn weitergezahlt werden.

Die Arbeitgeber führten zur Begründung ihres Standpunktes etwa aus: „Das Einigungsamt ist in dieser Streitfrage nicht zuständig, denn die Festlegung der Arbeitszeit und der Pausen unterliegt nach dem Vertrage der freien Vereinbarung. Beschlüsse zu fassen und ihren Mitgliedern Anweisungen zu geben, ist ihr gutes Recht. Es soll nur eine einheitliche Festlegung der Arbeitszeit durch den Beschluß herbeigeführt werden.“

Die Vesperpause ist vom hygienischen Gesichtspunkte aus notwendig. Die Praxis hat es erwiesen, daß es ohne Vesperpause nicht geht. In Gast und mit ungewaschenen Händen zu bespern kann man den Arbeitern nicht zumuten. Die Vesperpause ist im eigenen Interesse der Gesellen notwendig. Die jetzt angeblich zu Recht bestehende Vesperpause in einer Anzahl Betrieben ist von den Gesellen eigenmächtig eingeführt, von den Meistern aber nicht anerkannt worden.

Wenn die Fortzahlung des gleichen Wochenlohnes verlangt wird, so ist das eine nochmalige Lohnreduzierung um zirka 2 Proz., die nicht vorgezeichnet ist und von den Unternehmern auch nicht getragen werden kann. Nur die Weiterzahlung des gleichen Stundenlohnes kommt in Betracht, denn in Berlin ist durchweg Stundenlohn üblich, was ja aus dem Kontrollbuche zu ersehen ist, das in allen Werkstätten Berlins von den Arbeitern unterschrieben worden ist. Die Arbeiter sind mit ihren Anträgen abzuweisen und bei der Beratung und im Schiedsspruch sollen die Anträge den Arbeitsnachweis betreffend mit berücksichtigt werden.

Entgegen dem Antrage der Unternehmer erklärte sich das Einigungsamt für zuständig und beschloß, die Arbeitszeitfrage und die Arbeitsnachweis anträge getrennt zu verhandeln. Nach laugen Beratungen wurde nachstehender Schiedsspruch verkündet:

Schiedsspruch:

1. Vom 14. Februar 1901 ab tritt die Verkürzung der Arbeitszeit auf 51 Stunden ein.
2. In denjenigen Betrieben, in welchen bisher die Entlohnung nach Stundenlohn erfolgte, wird nach Eintritt der Verkürzung der Arbeitszeit der bisherige Stundenlohn für 51 Stunden in der Woche vergütet. In denjenigen Betrieben, in welchen bisher ein Wochenlohn für 52 Stunden gezahlt worden ist, bleibt derselbe Wochenlohn auch für die neue 51stündige Woche bestehen.
3. Die Festsetzung der neuen Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde für die Woche unterliegt der freien Vereinbarung.

Besondere Pausen zum Vespern sind ohne besondere Vereinbarung nicht statthaft.

Am 19. Februar tritt das Einigungsamt noch einmal zusammen. Bis dahin sollen die Parteien in den Werkstätten über die Arbeitszeitverkürzung verhandeln und sich verständigen. Kommt keine Verständigung zustande, so wird das Einigungsamt dann noch einen bestimmten Beschluß fassen, wie die Arbeitszeit zu verkürzen ist. Am 19. Februar soll auch der Schiedsspruch über die Arbeitszeitvermittlungsanträge gefällt werden.

Neue Gewerkschaftsliteratur.

Unter der neueren Gewerkschaftsliteratur nehmen die Verwaltungsgreglements, oder wie sie jetzt auch genannt werden, Handbücher einen hervorragenden Platz ein. Es sind Bücher, die über die tägliche Verbandsarbeit, über die Statuten, die Einrichtungen und die Verwaltung der Organisation, über die Agitation und ähnliches Verbandsfunktionäre und Mitglieder des eingehenden informieren, so daß sie in zweifelhaften Fällen und bei heiklen Entscheidungen sich stets und schnell Rat holen können. In den letzten Jahren sind mehrere Handbücher herausgegeben worden, so daß es sich wohl empfiehlt, hier eine kurze Würdigung dieser Literatur zu geben.

Schon frühzeitig hat sich im deutschen Gewerkschaftswesen das Bedürfnis nach solchen Reglements geltend gemacht. Das ist auch erklärlich genug. Eine Gewerkschaft, die auf zentralistischem Boden steht, hat eine verhältnismäßig komplizierte Verwaltung. Kleinlichste Genauigkeit

in der Verwaltungsarbeit unter steter Berücksichtigung der Statuten ist aber Voraussetzung einer ersprießlichen Gewerkschaftstätigkeit. Wiederrum stehen den Gewerkschaften zur Bewältigung dieser schwierigen Arbeiten zumeist keinerlei eingearbeitete Kräfte zur Verfügung und die Verwaltungstätigkeit muß meist im Nebenannte, nach Feierabend, entfaltet werden. So waren die Gewerkschaften schon im eigenen Interesse genötigt, zur besseren Durchführung ihrer Organisations- und Verwaltungsarbeiten Leitfäden oder Verhaltensmaßregeln herauszugeben. In unserem Verband sind solche Reglements bereits vor 24 Jahren herausgegeben worden. Am 1. Januar 1884 trat der Tischlerverband ins Leben, und schon im Jahre 1885 erschien das erste „Verhaltensreglement für die Lokalbeamten bzw. Kontrollen“, und zwar „um viele Anfragen und briefliche Auseinandersetzungen zu vermeiden“, wie der Vorstand in der Einleitung sagte. Im Jahre 1888 erlebte das Reglement die zweite Auflage, 1889 die dritte, 1891 die vierte. Dann erfolgte am 1. Juli 1893 die Gründung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, dessen Vorstand das Verhaltensreglement noch in demselben Jahre in neuer Auflage erscheinen ließ. Weitere Auflagen erschienen 1894, 1895 und 1898. Diese Verwaltungsgreglements waren recht bescheidene Schriften, die ersten waren nur vier bis acht Seiten stark, das von 1898 hatte einen Umfang von 20 Seiten. Dagegen hatte der „Leitfaden für die Lokalverwaltungen und Bauvorstände des Deutschen Holzarbeiterverbandes“, der im Jahre 1900 erschien, schon einen Umfang von 74 Seiten. Was ist das aber gegen das „Handbuch für die Verbandsfunktionäre. Anleitungen für die Praxis der Geschäftsführung im Deutschen Holzarbeiterverband“, das vor Jahresfrist vom Verbandsvorstande im Umfange von VIII und 262 Seiten herausgegeben worden ist. In dieser Steigerung des Umfanges der Reglements, Leitfäden und Handbücher spiegelt sich in gewissem Sinne die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung wider. Die Gewerkschaften sind nicht nur größer an Zahl geworden, auch ihre Aufgaben und Einrichtungen sind bedeutend gewachsen. Sowohl verfügen sie, die noch vor 20 Jahren zumeist nur Reise- und Streikunterstützung kannten, über ein ausgeglichenes Unterstützungssystem, als auch über eine viel feiner gegliederte Organisation wie früher, was besonders bei den Verwaltungsarbeiten wie bei Durchführung der Agitation, wie der Lohnbewegungen und Streiks in die Erscheinung tritt. Da gilt es für die Verbandsleitung, alles zu tun, um den großen Verwaltungsapparat für seine umfangreichen Aufgaben durchzubilden und zu befähigen. So werden umfangreiche Handbücher für die Gewerkschaften heute zur Notwendigkeit.

Auch der im Jahre 1891 gegründete Deutsche Metallarbeiterverband hat frühzeitig seine Funktionäre in der Verwaltungsarbeit durch Herausgabe von Verwaltungsgreglements unterstützt. Das erste dieser Reglements, das bescheideneren Umfang hatte, erschien wenige Jahre nach der Gründung des Verbandes. Das zweite, das bereits einen Umfang von 172 Seiten hatte, im Jahre 1898. Im Vorjahre ist nun eine dritte Auflage des „Verhaltensreglements für die Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes“ erschienen, das einen Umfang von 228 Seiten aufweist. Sowohl die hier genannten Publikationen des Holzarbeiter- wie des Metallarbeiterverbandes stellen in gewissem Sinne einen besonderen Teil der Handbuchliteratur dar. Sie bilden in der großen Hauptache Kommentare der Statuten und Ausführungsbestimmungen über dieselben wie über alle vorkommenden Verwaltungsarbeiten. In diesem Sinne sind alle Reglements- und Handbücher der beiden genannten Verbände abgefaßt. Aus diesem Mahnen fallen die Publikationen des Zimmererverbandes, der verhältnismäßig spät zur Herausgabe eines Verwaltungshandbuchs schritt, etwas heraus. Die erste Publikation dieser Art von Seiten der Zimmerer erschien im Jahre 1901 unter dem Titel: „Praktische Winke für die deutsche Zimmererbewegung“. Von dieser Schrift, die von August Brügmann verfaßt ist, erschien 1903 eine bedeutend erweiterte zweite Auflage, die einen Umfang von 188 Seiten hatte, gegen 124 der ersten Auflage.

In den „Praktischen Winken“ wird neben einer Erklärung des Statuts und der Verwaltungsarbeit des Zimmererverbandes, — die lange nicht so eingehend ist, als die entsprechenden Erläuterungen in den Publikationen des Holz- und Metallarbeiterverbandes —, manches Besondere über die tägliche Kleinarbeit in den Gewerkschaften geboten. So werden Muster für Flugblätter, Berichte an die Zeitung, Reden geboten usw. Der Gedanke, der hier in den „Praktischen Winken“ durchgeführt ist, ist keineswegs neu. Bereits im Jahre 1880 wurde in einer von Jensen u. Co. herausgegebenen umfangreichen Broschüre den Gewerkschaften in der gleichen Weise, wie es in den „Praktischen Winken“ später geschah, an Beispielen gezeigt, wie sie sich bei Versammlungen zu verhalten, wie sie ihre schriftliche Agitation und Verwaltungsarbeit zu gestalten haben.

Die inhaltliche Ausgestaltung des Handbuchs muß sich ganz allein nach dem Bedürfnis in der eigenen Organisation richten. In dieser Hinsicht können wir uns glücklich schätzen: wir haben ein Handbuch, das sich von allem unnötigen Weirwert fern hält und doch den Funktionen in allen Lagen des gewerkschaftlichen Lebens mit Rat und Tat an die Hand geht. In eingehender Weise wird der Aufbau der Organisation, werden alle Verwaltungsfunktionen in derselben und alle Unterstützungsrichtungen des Verbandes geschildert. Ueber die Führung der

Lohnbewegungen werden Normen gezogen und für die Agitation Ratsschlüsse erteilt. Und so wird über alle Verbandsarbeiten, das Bibliothekwesen, das Herbergs- und Arbeitsnachweiswesen usw. Rat erteilt. Unser Handbuch ist eine Publikation, auf die wir nur stolz sein können. Es ist ein Zeichen für die gesunde Grundlage, auf der unser Verband aufgebaut ist, und für den regen Geist, der in unserer Organisation herrscht. Es dürfte uns in vieler Hinsicht unsere künftigen schweren Organisationsarbeiten erleichtern.

Noch mehr als unser Handbuch beschränkt sich das im Vorjahre erschienene „Verhaltensreglement des Metallarbeiterverbandes“ auf die Nomenklatur des Verbandsstatuts und auf die Erklärung der Unterstützungseinrichtungen und sonstigen Verbands-einrichtungen. Als Anhang wird hier das neue Vereinsgesetz geboten, das bei dem Erscheinen unseres Handbuchs bekanntlich noch nicht verabschiedet war.

Ein recht gutes Handbuch ist das vom Deutschen Buchbinderverband im August des vorigen Jahres herausgegebene. Es ist das erste seiner Art und ähnelt im Aufbau mehr dem Handbuch unseres Verbandes als den gleichartigen Publikationen der anderen Verbände. Damit ist auch über den Charakter dieser Publikationen das nötige gesagt. Eine sehr zweckmäßige Neuierung dieses Handbuchs ist die weitgehende Gliederung des Stoffes, die durch Randnotizen recht übersichtlich gemacht ist.

Auch der Brauerverband hat jüngst einen „Leitfaden für Vertrauensleute, Zahlstellen-Vorstandsmitglieder und Revisoren“ herausgegeben. Das Büchlein hat nur 42 Seiten Umfang. Es enthält nur die notwendigsten Erklärungen über die Verbands-einrichtungen und -arbeiten.

In den nächsten Jahren dürfte die Handbuchliteratur der Gewerkschaften wohl noch größeren Umfang annehmen. Denn bei der heutigen Vielgestaltigkeit der gewerkschaftlichen Aufgaben dürften schließlich alle größeren Organisationen genötigt sein, Verhaltensreglements oder Handbücher herauszugeben.

Mittelalter und Neuzeit.

In diesem Februar rundet sich ein Jahrhundert seit dem Tode, da in Shrewsbury in England Charles Darwin geboren wurde und ein halbes Jahrhundert ist vollendet, seit das grundlegende Werk des Darwinismus: „Ueber die Entstehung der Arten durch die natürliche Zuchtwahl im Kampfe ums Dasein“ erschien. Darwins Verdienst beruht darin, daß er der Entwicklungslehre, die einzelne Forscher bereits vor ihm angedeutet hatten, zur Anerkennung und zum Siege verholfen hat, die Lehre nämlich, daß die Tier- und Pflanzenwelt in ihren einzelnen Erscheinungen nicht auf das Geheiß eines allmächtigen Schöpfers plötzlich ins Leben gerufen worden ist, sondern daß ursprünglich nur wenige einfache Formen vorhanden waren, womöglich nur ein winziges Stückchen belebter Materie, woraus sich dann, durch Anpassung an die sich stetig verändernde Umgebung, die große Mannigfaltigkeit der Pflanzen und Tierarten im Laufe vieler Jahrtausende und Jahrtausende entwickelt hat. Für diese Lehre hat Darwin so unendlich viel und gewichtiges Material beigebracht, daß sie ein für allemal festgegründet dasteht und heute von keinem ernst zu nehmenden Gelehrten mehr bestritten wird. Dann aber hat Darwin auch einen Erklärungsversuch darüber gegeben, welche Ursache bei der fortwährenden Umgestaltung der Tier- und Pflanzenformen gewirkt hat: Der Kampf ums Dasein nämlich, der Streik um den Futterplatz und die Futtermenge, der Schwache ungeeignete Formen von Tier und Pflanze ausmerzte, nur die gut ausgerüsteten Wesen zum Leben, zur Fortpflanzung und zur Vererbung ihrer im Daseinskampf erworbenen Eigenschaften befähigte und der damit zur Entstehung neuer Arten führte. An diesem Teile der Darwinistischen Lehre hat die spätere Wissenschaft manche Korrekturen, manche Einschränkungen vorgenommen, da der Kampf ums Dasein doch nicht geeignet ist, alle Veränderungen in der belebten Natur zu erklären — was keine Schande für Darwin, sondern nur eine Ehre für die Wissenschaft ist, die keinen Stillstand kennt, die auch an den Irrtümern unserer Großen zu lernen versteht.

Darwins Lehre reiht sich als ebenbürtig einer anderen Lehre an: der Kant-Laplace'schen Lehre von der Entwicklung des Weltensystems. 1765 erschien des großen Königsberger Philosophen „Allgemeine Naturgeschichte und Theorie des Himmels oder Versuch von der Verfassung und dem mechanischen Ursprunge des ganzen Weltgebäudes nach Newtonschen Grundsätzen abgehandelt“, und 1796 kam der Franzose Laplace in seiner „Exposition du système du monde“ zu denselben Anschauungen, daß nämlich die Welt mit ihren Himmelskörpern auf rein natürliche, mechanische Weise aus dem formlosen Chaos in vielen Millionen Jahren entstanden sei und beide geben auch — die genauere Darlegung würde hier zu weit führen — die Ursachen an, die zur Bildung unserer Sonnensysteme und Himmelskörper zu ihrer Entwicklung und Veränderung geführt haben und zu ihrem Vergehen führen werden.

Betrachtet man die Lehren dieser großen Forscher und Denker, dann erkennt man, daß es zur Erklärung der Natur, von der Entstehung des Weltalls an bis zum Werden des kleinsten Mooses oder des unsichtbaren Insekts herab, nicht des Eingreifens einer übernatürlichen, allmächtigen Schöpferkraft, daß es für den Verlauf aller Dinge im großen wie im Kleinen nicht der leitenden und regierenden Hand einer himmlischen Majestät bedarf — auch dann

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Frankenthal i. Pfalz (Widroth u. Co.) Meldorf, Rathenow (Maschinenfabrik Gierke) Stolp in Pommern (Konstantin Deder), Swinemünde, Perford (Wolkmann, Möbelfabrik), Jena (Grove), Basel, Bern, Beby und Zürich (Möbelfabrik Mosbacher) in der Schweiz, Dudapest, St. Loup in Frankreich.
 - Korbmachern nach Berlin (Bergmann), Fürstenberg a. Oder, Guben, Halle a. S. (Schmidt), Hamburg (Heitmann), Schönebeck a. S., Wettin bei Halle a. S.
 - Klaviermachern nach Zürich.
 - Pantinenmachern nach Treuenbriezen (Wubel).
 - Berggoldern nach Burg (Wattenberg u. Co.), UIm a. Donau (Weiß), Wudapest.
 - Rammern nach Oheramstadt (H. Glücker).
 - Partettlegern nach Straßburg i. Elß. und der Schweiz.

nicht, wenn gegenwärtig noch manches dunkel ist und der Urgrund alles Seins und alles Wirtens unserer Erkenntnis vielleicht immer verschlossen bleibt. Denn besser ist, dem weiteren Vordringen der Wissenschaft zu vertrauen oder sich auf gewisse Fragen mit einem Ignorabimus (Wir werden nicht wissen) zu bescheiden, als die schöne Gesezmäßigkeit in der Natur durch die Einführung wunderwirkender Kräfte zu stören.

Wir wissen, daß die Frommen im Lande anderer Meinung sind und wir wissen, daß die Herren von Bildung und Besitz, wenn sie selber auch freieren Sinnes sind, dennoch den Frommen darin Vorschub leisten, weil sie im Gottesglauben, in der Unterwerfung der Masse unter die leitende, lohnende und strafende Hand eines himmlischen Herrschers ein Zuchtmittel wider die Begehrlichkeit und den Freiheitsdrang der Masse sehen. Daher darf in der Volksschule nichts von der natürlichen Entstehung der Erde und ihrer pflanzlichen und tierischen Bewohner gelehrt, sondern muß nach wie vor die Jugend des Volkes in den Anschauungen von Moses, statt von Kant und Darwin erzogen werden.

Wohin das führt, haben wir zu beobachten Gelegenheit gehabt bei dem furchtbaren Naturereignis, das jüngst über Süditalien hereingebrochen ist. Vor der Allgewalt dieses elementaren Schläges mag das Gemüt erzittern, die Wissenschaft weiß, daß auch das Größte und Gewaltigste auf Erden seine natürlichen Ursachen hat, und je freier und selbstbewußter sie den Naturerscheinungen gegenübertritt, je weniger sie dabei übernatürliche Gründe mitwirken läßt, desto eher kann sie hoffen, der Natur Herr zu werden, die Naturkräfte für den Menschen dienstbar oder wenigstens doch etwaige Schäden und Schläge unschädlich zu machen.

Anders die Frommen, die des Glaubens sind, daß nichts in der Welt ohne den Willen eines Gottes geschehe, daß die Hand der göttlichen Vorsehung in allem zu erblicken sei — im Werden des Wurmes, wie in dem Wüten der Elemente, auch wenn dabei Hunderttausende von Menschen mit einem Schläge zugrunde gehen und ebenso viele unsäglichem Elend und bitterer Verzweiflung preisgegeben werden. Wie ist die Güte und Allmacht ihres Gottes mit einem Ereignis, wie solches sich über die armen und frommen Bewohner Süditaliens entladen hat, zu vereinbaren? Der anständig denkende Mensch schickt vor einer Gotteslästerung zurück, die darin liegen würde, die Verantwortung an dem grausigen Massentod und Massenelend einem Gotte aufzuladen, die göttliche Vorsehung überhaupt mit der Katastrophe in Verbindung zu bringen. Und doch: unsere Frommen bringen es fertig, Kardinal Fischler, Erzbischof von Köln, ereifert sich in seinem Pastoralbrief darüber, „daß in deutschen Preborganen das schreckliche Erdbeben in Süditalien den Anlaß geboten hat zu frecher Leugnung der göttlichen Vorsehung“. Und in Aachen, der frommen Zentrumstadt, hat jüngst ein geistlicher Herr in einer Versammlung katholischer Männer und Jünglinge das italienische Ereignis als einen Beweis der göttlichen Liebe erklärt insofern, als dadurch den Ungemessenen Gelegenheit gegeben worden sei, möglichst schnell und sicher in den Himmel zu kommen. Der Mann leistete sich folgende Weisheit:

„Es gibt ein Gut, das keinen Schatten werfe, und dieses sei der Besitz Gottes, die ewige Seligkeit. Und das Gegenteil, das Schlechte, ist der Verlust Gottes, das Entfessliche, die Hölle. Alles, was zum Himmel führe, sei gut, und alles, was zur Hölle führe, sei schlecht. Ein neues Glück auf Erden gäbe es nicht. Die Krankheit und die Armut ist ein Unglück und wie vielen hilft sie doch zum wahren Glück. Und der Reichtum und die Gesundheit wie vielen ist dieser Besitz zum Unglück geworden. Krieg, Erdbeben, große Unglücke usw. haben viele Menschen in den Himmel gebracht und viele in die Hölle. An wem lag es nun bei Messina? Jeder ist seines Glückes Schmied. Und wenn wir das Ziel nicht erreichen wollen, dann haben wir selbst die Schuld. Gott gibt Glück und Unglück. Und er gibt es dazu, damit die Menschen es richtig gebrauchen können. Logisch gedacht, gibt es für die Menschen kein Un-

glück. Und nun zurück nach Sizilien. Gott gab allen noch Zeit zur Bekehrung. Wer dieses nicht verstanden, der hatte selbst schuld. Gott wollte noch seine Gnade spenden im letzten Augenblick. Gott ließ das Unglück aus Liebe zu.“

So verkündet ein Mann, der Anspruch auf die Erziehung und Leitung des Volkes macht, nach anderthalb Jahrhunderten Kant und nach einem halben Jahrhundert Darwin! Kann man sich, so darf man fragen, eine ärgere Gotteslästerung denken, als sie hier geschieht, indem man einem Wesen, das der Inbegriff aller Macht, aller Weisheit und Güte sein soll, als Ruhm anrechnet, einige Hunderttausend Menschen mit einem Schläge vernichtet und andere dem Hunger und Elend preisgegeben zu haben. Das sind die Früchte einer „Bildung“, die sich beharrlich der Wissenschaft verschließt, die auf alten, verfallenen Ueberlieferungen besteht, um ein System zu retten, das sich durch Vernunftgründe nicht mehr halten läßt.

Leute, die in diesem Sinne erzogen sind, führen dann als christliche Agitatoren das große Wort wider die Sozialdemokratie und die klassenbewußte Arbeiterbewegung, die ihr Teil dazu beitragen, daß die Massen mit den Ergebnissen der Wissenschaft bekannt werden, die die unzulängliche im Sinne der herrschenden Klasse eingeengte Volksschulbildung ihnen vorenthält. Mögen sie! Wir werden uns nicht abhalten lassen, unsere Anhänger weiter den Weg zu führen, an dessen Ende uns das hohe Ziel der Wahrheit und Freiheit winkt.

Bericht der Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher.

Das verflossene Jahr, über das wir zu berichten haben, war ein Krisenjahr für unsere Industrie im vollsten Sinne des Wortes. Die Krise, welche mit voller Macht und anhaltender Dauer innerhalb unserer Branche eingetreten hat, übersteigt alle Erwartungen und noch ist keine Besserung des Geschäftsganges zu erwarten. Daß dies für unsere Kollegen und Kolleginnen schwere Verluste und Verdienstentgang mit sich brachte, ist sehr wohl erklärlich. Doch nicht dieses allein, sondern Arbeitslosigkeit in erschreckend hohem Maße brachte es mit sich. Daß durch diese Krise, die im allgemeinen in unserem Berufe so große Gleichgültigkeit noch mehr gefördert wurde, beweist die fortwährend abnehmende Mitgliederzahl der Kollegen und Kolleginnen innerhalb des Solzarbeiterverbandes. Doch legen wir uns die Frage vor, wie können wir den Indifferentismus innerhalb unserer Reihen beseitigen, so müssen wir sagen, daß schon auf der Konferenz die nötigen Anregungen gegeben worden sind.

Es wurde hier beschlossen, daß geeignete und befähigte Kollegen durch Vorträge in Versammlungen und Werkstättenzusammenkünften unsere Kollegen aufklären und für die Organisation zu gewinnen suchen sollten. Doch zwischen dem Beschluß und der Ausführung liegt oft ein sehr weiter Weg. Der Zentralkommission ist es nicht möglich, selbst Kollegen zu entsenden, da sie dazu keine Befugnis hat; dieselbe hat vielmehr diesem Antrag dadurch Rechnung getragen, daß sie dem Vorstand einige Kollegen aus verschiedenen Zahlstellen benannt hat, welche sich bereit erklärt haben, agitatorisch mitzuwirken. Doch es sollte anders kommen, als es sich die Zentralkommission gedacht hatte; statt die Kollegen in der für uns so außerordentlich günstigen Zeit, welche wir im Frühjahr des vorigen Jahres hatten, seitens des Vorstandes zur Agitation heranzuziehen, blieb dieser im Sommer des Jahres 1907 eingetragene Antrag bis heute fast völlig unerledigt. Unter solchen Umständen braucht man sich wirklich nicht darüber zu wundern, daß sich die Organisationsberührnisse innerhalb unseres Berufes nicht bessern. „Mehr Agitation“, diese Worte kann man in jeder Nummer der „Solzarbeiterzeitung“ lesen, umfangreiche Abhandlungen werden darüber geschrieben, wie man die Kollegen für die Organisation gewinnen könne, doch alles ist vergeblich: die günstige Zeit innerhalb unserer Industrie hat der Vorstand nicht ausgenutzt, indem er unseren Antrag unerledigt ließ.

Bei dieser Gelegenheit muß ja gesagt werden, daß, wenn von einer Branchenkonferenz, welche der Vorstand genehmigt hat, Beschlüsse gefaßt werden und hierzu eine Korporation ernannt wird, dieselben auszuführen, und diese genügt seitens des Vorstandes so wenig Unterstützung, es besser ist, man hebt diese Einrichtungen, das sind die Zentralkommissionen, wieder auf. Durch das Verhalten des Vorstandes wird die Arbeitsfreudigkeit der Kommissionsmitglieder sicher nicht gehoben.

Die geschäftlichen Angelegenheiten der Kommission wurden in 7 Sitzungen erledigt, außerdem wurde eine Sitzung mit den Arbeitgebern, der nach der Fabrikinspektor sowie verschiedene andere Herren als Gutachter beibohnten, abgehalten. In derselben wurde speziell über den § 5 der Bundesratsvorschriften, welcher sich auch mit dem Bündeln der Borsten befaßt, eine Aussprache gepflogen, um das Bündeln der Borsten in nicht desinifiziertem Zustande einzuschränken bzw. ganz zu verbieten.

Der briefliche Verkehr mit den Kollegen ergibt 17 Einläufe, denen 23 Ausläufe gegenüberstehen. Außerdem wurde eine von der Zentralkommission verfaßte Broschüre „Die Milzbrandgefahr in der Bürsten- und Pinselindustrie“ vom Vorstand an diejenigen Zahlstellen versandt, in denen Kollegen beschäftigt sind.

Kollegen und Kolleginnen! Die jetzige Geschäftslage hat nach den Berichten fast in allen Zahlstellen, in denen unsere Industrie dominiert, schwere Wunden geschlagen; es gilt, diese zu heilen.

Hier sollte ein jeder Kollege seine ganze Kraft einsetzen, um die Wahrheit und Gleichgültigkeit innerhalb unserer Berufsstände zu beseitigen. Gerade bei uns tut es not, daß andere Verhältnisse Platz greifen. Nicht Mutlosigkeit darf einziehen in die Reihen unserer Kollegen, mehr wie je muß der einzelne seine Schuldigkeit tun. Sorgt dafür, daß die Mitgliederversammlungen gut besucht werden, in der unsere Angelegenheiten besprochen und geregelt werden können. Verlißt die jetzige Zeit dazu, Mi-

glieder zu werben, seid unermüdetlich tätig für den Verband, damit auch für unsere Berufsangehörigen bessere Verhältnisse eintreten.

S. M.: R. G. u. h. l. e. r.
Zu diesem Bericht wird uns vom Vorstand geschrieben: Einer solchen Freiführung der Mitglieder müssen wir denn doch entgegenreten, zumal es immer mehr Mode wird, für alle nur denkbaren Dinge den Verbandsvorstand zum Krügeljungen zu machen. Zu der obigen Beschwerde stellen wir folgende Tatsachen fest. Im März 1907 richtete die Zentralkommission der Bürstenmacher an den Vorstand das Ersuchen, fähige Kollegen aus dem Berufe selbst mehr zur Agitation heranzuziehen. Darauf erfolgte von uns so gleich die Antwort, daß wir ganz einverstanden seien und daß die Kommission uns die Namen und Adressen der in Frage kommenden befähigten Berufsstände zur gelegentlichen Verwendung bekanntgeben möge. Ein Vierteljahr später ist die Zentralkommission dieser Aufforderung denn auch nachgekommen. Obwohl sie selbst also wenig Eile in der Sache gezeigt hatte, erhob sie doch schon in dem Jahresbericht für 1907 den Vorwurf gegen den Vorstand, daß er „allerdings erst einen Kollegen“ zur Agitation verwendet hätte. Und nun wird der gleiche Vorwurf in dem Jahresbericht für 1908 nochmals in verstärkter Form wiederholt. Warum berichtet die Kommission nicht über ihre Tätigkeit im Jahre 1908? Der Verbandsvorstand hat veranlaßt, daß auch im Jahre 1908 wieder eine Anzahl Agitationsversammlungen für die Bürsten- und Pinselmacher mit einem Berufs Kollegen als Referenten stattgefunden haben; was aber hat die Zentralkommission ihrerseits in der Agitation geleistet, welche Anregungen hat sie den Sektionen, den Lokalverbänden oder den Gauborständen gegeben? Hierüber findet man leider nichts in ihrem Jahresbericht. Auch der Vorstand wäre dankbar gewesen, wenn er statt der einzigen Postkarte im ganzen Jahre 1908 (worin die neugewählten Kommissionsmitglieder angehalten wurden) möglichst oft eine Anregung von der Zentralkommission empfangen hätte. Dazu ist sie doch ins Leben gerufen, nicht aber dazu, die Kollegen durch ganz unberechtigte Vorwürfe gegen den Vorstand einzunehmen. Dagegen müssen wir, nachdem es zum wiederholten Male geschieht, im allgemeinen Verbandsinteresse protestieren.
Der Verbandsvorstand.

Soziales.

Der Kölner Arztstreik.

Wenn die Arbeiter zur Eringung besserer Arbeitsbedingungen in einen Streit eintreten, dann stehen ihnen nicht nur die Unternehmer als Gegner gegenüber, sie haben auch die Widerstände zu überwinden, die ihnen von den Behörden in den Weg gelegt werden und ganz besonders bemühen sich die Polizei und die Staatsanwälte, Verstöße gegen den ominösen § 153 der Gewerbeordnung ausfindig zu machen, die dann von den Gerichten mit den härtesten Strafen geahndet werden. Die Ärzte sind in dieser Beziehung besser daran, sie unterstehen nicht der Gewerbeordnung und können deshalb zur Durchführung ihrer Pläne mit einem rücksichtslosen Terrorismus vorgehen, ohne befürchten zu müssen, daß ihnen daraus irgend welche Unannehmlichkeiten erwachsen. Dieselben Kreise, denen kein Urteil gegen streikende Arbeiter hart genug ist, bringen den streikenden Ärzten offen ihre Sympathie entgegen und auch die Behörden legen nicht selten eine starke Voreingenommenheit für sie an den Tag. Die Erklärung für diese Erscheinung ist leicht zu finden. Der Streik der Ärzte richtet sich immer nur gegen die Arbeiter und der instinctive Haß gegen die Arbeiterklasse trübt den genannten Kreisen das Urteil.

Das zeigte sich sehr deutlich bei dem Streik, den die Ärzte im Jahre 1903 gegen die Kölner Krankenkassen in Szene setzten. Die Organisation der Ärzte will die freie Kassenwahl zur Durchführung bringen, d. h. es soll jeder Arzt, der es wünscht, zur Kassenpraxis zugelassen werden, während es den Kassenmitgliedern nicht gestattet ist, die Ärzte zu konsultieren, denen an der Kassenpraxis nichts gelegen ist. Man hat dieses System als freie Arztwahl bezeichnet, obwohl dieser Name eigentlich nicht zutreffend ist. Gegen diese Art der freien Arztwahl wehren sich die Krankenkassen, weil sie den Mitgliedern ungeheure Kosten auferlegt, ohne daß ihnen dafür entsprechende Leistungen geboten werden. Als nun die Ärzte in Köln die Arbeit einstellten, schritt die Aufsichtsbehörde zu ihren Gunsten ein, sie übernahm die Funktion des Vorstandes und in ihrem Namen schloß der Oberbürgermeister am 1. Februar 1904 mit den Ärzten einen Vertrag ab, der diesen die freie Arztwahl zugestand. Diese Tätigkeit der Aufsichtsbehörde war ungesetzlich. Leider hat das Oberverwaltungsgericht, das von den Kassenvorständen angerufen wurde, so lange gebraucht, um das festzustellen, daß seine Entscheidung erst jetzt gefällt wurde.

Inzwischen ist der Vertrag am 31. Januar abgelaufen und die Ärzte haben den Kampf mit den Kassen von neuem aufgenommen. Von der Rücksichtslosigkeit, mit der sie ihn zu führen gesonnen sind, legt die Bekanntmachung Zeugnis ab, die am 27. Januar in allen Zeitungen in Köln veröffentlicht wurde. In dieser Bekanntmachung erklären die Ärzte, daß sie die Behandlung der Kassenmitglieder vom 1. Februar ab einstellen. Dann heißt es wortlich: „Eine Behandlung der Krankenkassenmitglieder und deren Familienangehörigen, d. h. aller Angehörigen von Familien, gleichgültig ob Familienversicherung besteht oder nicht, findet vom 1. Februar 1909 unter keinen Umständen, auch nicht gegen Bezahlung statt.“ An diesen Beschluß haben sich die Ärzte gehalten; es sind bereits eine ganze Reihe von Fällen bekannt geworden, wo Ärzte schwerkranken Personen ihren Beistand versagt haben.

Die Krankenkassen haben jedoch für die kommenden Dinge Vorsorge getroffen. Das System der freien Arztwahl wollten und konnten sie nicht länger aufrecht erhalten, da es die Kassen an den Rand des Ruins gebracht hatte. Viele Ärzte hatten, um Patienten an sich zu locken, mit der Erklärung der Gewerkschaften und der Anordnung von Nähr- und Stärkungsmitteln geradezu Unfug getrieben. Als infolgedessen der Ausgabenetat der Kassen ungeheuer anstieg, hat der Ärzteverband den Kassen das Ansuchen gestellt, die Verordnung von Nähr- und Stärkungsmitteln überhaupt auszuschließen. Dieser Vorschlag mußte natürlich abgelehnt werden. Im Interesse der Kassen und ihrer Mitglieder liegt es, daß derartige Präparate den Kranken gewährt werden; nur dem Unfug wollte man steuern, daß diese kostspieligen Mittel vergeudet wurden. Komte es doch vorzukommen, daß Betrüger ein umfangreiches Verkaufsgeschäft mit Stärkungsmitteln betrieben, welche die Kassen auf ärztliche Verordnung geliefert hatten. Der Ärzteverein hat dann eine Nachuntersuchungskommission eingesetzt, deren rigoroses Vorgehen gegen die kranken Kassenmitglieder viel böses Blut machte. Es fanden noch vor Ablauf des Vertrages unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wallraf Einigungs- verhandlungen statt, bei welchen die Kassenvertreter das Zugeständnis machten, 150 Ärzte anzustellen, unter welchen die Versicherten freie Wahl haben sollten. Die Verhandlungen zerfielen sich aber, da der Ärzteverein an seinem Standpunkt festhielt.

Ob die Ärzte ihren Willen durchsetzen werden, darf ernstlich bezweifelt werden. Den Kölner Krankenkassen stehen jetzt 80 Ärzte zur Verfügung, unter welchen die Kassenmitglieder freie Wahl haben. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes in dem letzten Rechtsstreit dürfte die Kassen vor einem erneuten ungeschicklichen Eingreifen der Aufsichtsbehörde schützen. Dazu kommt, daß sich die Ärzte durch ihr brutales Verhalten gegen Schwerkranken auch die Sympathien solcher Kreise verschaffen, die sonst durchaus geneigt sind, für sie einzutreten. Hat doch sogar der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg im Reichstag das Verhalten der Kölner Ärzte auf das schärfste gebremst. Der Kölner Fall erfordert ein erhöhtes Interesse, weil sein Ausgang bedeutsam sein wird für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen den Ärzten und Krankenkassen in ganz Deutschland. Sinter dem Ärzteverein in Köln steht der Zentralverband der Ärzte mit dem Sitz in Leipzig und der Kampf in Köln ist für diesen nur ein Vorpostengefecht.

Nach Bedarf suchen sich die Ärzte auch die Sympathien der Gewerkschaften dadurch zu erwerben, daß sie darauf hinweisen, daß sie im Grunde die gleichen Forderungen vertreten, für welche auch die Gewerkschaften im Interesse ihrer Mitglieder eintreten. Bei oberflächlicher Betrachtung hat diese Argumentation manches für sich. Weht man aber den Dingen auf den Grund, dann findet man, daß zwischen dem Streik der Ärzte und dem Gewerkschaftskampf ein großer Unterschied besteht. Die Gewerkschaften erstreben eine Hebung der Lebenslage der Arbeiter, denen sie ein menschenwürdiges Dasein schaffen wollen. Ihr Kampf richtet sich gegen die kapitalistischen Unternehmer, die einen mehr oder weniger großen Teil des Arbeitsvertrages für sich reklamieren. Anders ist es mit den Ärzten. Mit den Wohlhabenden und Besitzenden suchen sie sich auf guten Fuß zu stellen, aber auf Kosten der Arbeiter wollen sie sich bereichern. Wie es kommen nicht, daß es auch unter den Ärzten ein Protest gibt, aber wir halten es für durchaus unsozial, wenn man versucht, dem Notstand der Ärzte auf Kosten der Arbeiter abzuhelfen. Im Interesse beider Teile, sowohl der Krankenkassen als auch der Ärzte, würde es liegen, wenn sie zu einer friedlichen Verständigung gelangen würden. Eine solche ist um so dringender zu wünschen, als das System der freien Arztwahl erfahrungsgemäß dazu führt, daß nur einzelnen Ärzten hohe Einnahmen zustehen, während das Gros sich nach wie vor mit sehr bescheidenen Erträgen aus der Kassenpraxis abfinden muß. Einzigweiliger hält aber die Ärzteorganisation noch starr an ihrem Standpunkt fest, und so muß auch der Kampf noch weitergeführt werden.

In der Herberge zur Heimat. Tausende von Arbeitslosen, die gegenwärtig die Landstraßen bevölkern, sammeln sich Abend für Abend in den Herbergen, um für wenig Geld ein Unterkommen zu finden. In vielen Städten haben die erstarrten Gewerkschaften dafür gesorgt, daß den arbeitslosen Kollegen auf der Durchreise ein anständiges Quartier geboten wird. Die Pflege des Herbergswesens ist eine Aufgabe der Gewerkschaftskartelle, welcher sich viele von ihnen mit großem Eifer widmen. Wenn der Erfolg nicht immer den gehegten Erwartungen entspricht, so darf dabei nicht vergessen werden, daß die Gewerkschaften auch auf diesem Gebiet nur auf die eigenen, oft recht beschränkten Mittel angewiesen sind und dabei mitunter Schwierigkeiten überwinden müssen, die andere Einrichtungen ähnlicher Art nicht kennen. Viel besser sind in dieser Beziehung die Herbergen zur Heimat daran. Sie erfreuen sich einflussreicher Protektion zumal solcher Kreise, die da meinen, daß der Gesang von Kirchenliedern und die gemeinsame Andacht ein vortreffliches Mittel sind, die hungrigen Handwerksburschen mit ihrem Glend auszu-söhnen. Die Andachtsübungen und salbungsvollen Neben-sachen sind aber das einzige, was auf der „Geleitellen“ dem Wanderer umsonst geboten wird. Alles was für das Lebens Notdurft erforderlich ist, muß auch dort gut bezahlt werden, und wer die notwendigen Pfennige nicht beisammen hat, wird mit einem frommen Wunsch an die frische Luft befördert.

Auf die in manchen Herbergen zur Heimat herrschenden Zustände wirft ein schrecklicher Vorfall ein grelles Licht, der sich kürzlich auf der Herberge zur Heimat in Peine zugetragen hat. Die Herberge war, wie das bei der herrschenden Arbeitslosigkeit öfters vorkommen dürfte, fürchterlich überfüllt; je drei Mann wurden auf einer Matratze untergebracht. Dann blieben aber noch 7 Mann übrig, die in einen fensterlosen Stall von etwa 7-8 Quadratmeter Grundfläche gesperrt wurden, dessen ganzes Mobiliar in einer Holzspitze bestand, Strohsack und Decken waren nicht vorhanden! Um den Raum zu erwärmen, war in einem offenen eisernen Kasten ein Holzofenfeuer angezündet, dessen Dünste keinen Abzug finden konnten, da die einzige Öffnung des Raumes, die Tür, hinter den Unglücklichen abggeschlossen wurde. Was jeder vernünftige Mensch voraussehen konnte, trat ein; als man am Morgen das Gefängnis öffnete, fand man sieben Leichen darin. Die blutigen Hände des einen Opfers legten Zeugnis ab von den vergeblichen Bemühungen der dem Tode Geweihten, sich aus dem Raume zu befreien.

Die Herberge zur Heimat in Peine ist ein gut christliches Haus, das unter geistlicher Oberraufsicht steht. Regelmäßig finden Hausandachten statt und jeder Tag wird mit dem Gesang eines frommen Liedes geschlossen. Vielleicht gereicht es den für den Vorfall Verantwortlichen zum Trost, daß es ihren Opfern vergönnt war, an einer solchen gottesdienstlichen Handlung teilzunehmen, ehe sie in den Mordstall gesperrt wurden. Dieser Trost dürfte aber bei den Eltern der Opfer und bei den Arbeitern, die nun erfahren müssen, daß der Besuch der christlichen Herberge mit Lebensgefahr verknüpft ist, wenig verfangen. Hier ist ein dankbares Arbeitsgebiet für die Polizei. Ihre Aufgabe gegenüber den Handwerksburschen erschöpft sich nicht in dem Fahren auf bittende „Kunden“; sie hat auch darüber zu wachen, daß die auf die Landstraßen hinausgehenden Parias der Gesellschaft nicht in solche Mord-löcher gestopft werden, wie auf der Herberge zur Heimat in Peine. Ob sie wohl jetzt mit der notwendigen Energie eingreifen wird?

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 8. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Es ist bei uns aus einer Reihe von Zahlstellen in der letzten Zeit wiederholt beantragt worden, zu genehmigen, daß eine Anzahl ehemaliger Mitglieder, die in den letzten Jahren wegen irgendwelcher Verfehlungen aus dem Verband ausgeschlossen wurden, jetzt wieder aufgenommen werden dürfen. Indem wir aus diesem Anlaß auf die diesbezüglichen Vorschriften im Handbuch (Seite 51) verweisen, bemerken wir noch, daß der Verbandsvorstand im allgemeinen mit der Wiederaufnahme vor längerer Zeit ausgeschlossener Mitglieder einverstanden ist, sobald die betreffende Zahlstelle dem Antrage zugestimmt hat. In Rücksicht auf besondere Ausnahmen muß allerdings der Vorstand sich auch für die Zukunft die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten.

Bei dem Umlauf der vollgelebten Mitgliedsbücher hat sich ergeben, daß die Mitglieder öfter für tatsächlich bezahlte Wochen keine Beitragsmarken im Buche hatten, weil sie auf das Einfließen der ihnen vom Eintassierer ausgehändigten Marken keinen Wert legten. Nach § 11 des Statuts müssen aber alle Beiträge durch Marken im Mitgliedsbuch quittiert sein. Verlorene Marken müssen nachgeliefert werden. Wir machen auf diese statutarische Vorschrift hierdurch aufmerksam und ersuchen die Mitglieder, sich vor Schaden zu schützen, indem sie die Marken ordnungsmäßig einleiben.

Den Preis des Buches „Arbeitszeit und Lohn in der Holzindustrie, Ergebnisse einer Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes vom November 1906“, haben wir für unsere Verbandsmitglieder auf 75 Pf. für ein broschiertes und 1,20 M. für ein gebundenes Exemplar festgesetzt, obwohl die Herstellungskosten damit nur zum Teil gedeckt sind. Bestellungen sind durch die Zahlstellenverwaltungen an uns einzufenden. Einzelbestellungen können nur gegen Voreinsendung des Betrages nebst 30 Pf. Porto erledigt werden.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
- 180912 Arthur Wahl, Tischler, geb. 10. 8. 75 zu Freiberg.
 - 188826 Johann Klüber, Tischler, geb. 10. 3. 82 zu Wiesbaden.
 - 245194 Fritz Mittmann, Tischler, geb. 24. 9. 86 zu Stein.
 - 305579 Wilhelm Wenzel, Schiffszimmerer, geb. 16. 7. 44 zu Greifswald.
 - 444634 Gustav Vogel, Tischler, geb. 29. 12. 71 zu Königsberg i. Pr.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Braunschweig. Nachdem der Vorstand des Gewerkschaftskartells es abgelehnt hatte, den bürgerlichen Arbeiterfreunden beim Zustandekommen einer großen Arbeitslosenversammlung behilflich zu sein, versuchten die Herren, ihren Plan aus eigenen Kräften durchzuführen. Am 16. Januar fand diese Versammlung statt mit der Tagesordnung: Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung. Referenten: Herr Chr. Tischendörfer-Berlin und Pastor Dr. Beck. Zum Besuch dieser Versammlung wurden

Einladungskarten versandt, die nur zum Zutritt berechtigten und folgende Unterschriften als Einberufer trugen: Verband braunschweigischer Metallindustrieller, Verein der Konserfabrikanten Braunschweigs und Umgegend, Nationaler Arbeitsausschuß, Werksmeisterverband und weitere 17 Herren, als da sind Pastoren, Rechtsanwälte, Professoren und Fabrikanten. Diesen Arbeiterfreunden, deren einige im Reichsverband gegen die Sozialdemokratie besonderes leisten, stand es gut, in der Versammlung, wo fast keine Arbeitslosen waren, mit wenn und aber den Arbeitslosen helfen zu wollen. Die Versammlung ging denn auch aus wie das Hornberger Schießen. — Acht Tage nach dieser Versammlung lehnten die bürgerlichen Stadtverordneten in einer eigens dazu einberufenen Sitzung eine Unterstützung von Barmitteln an die Arbeitslosen ab, — nur Armenunterstützung kann es geben. — Es war also schon nach diesen Vorgängen erklärlich, daß einige unserer Kollegen erstanten, als ihnen auf ihrer Arbeitsstätte (Pianofortefabrik Zeitter u. Winkelmann) eine Einladungskarte folgenden Inhalts ausgehändig wurde:

„Auf Grund der am 16. Januar 1908 im Englischen Hof stattgefundenen Versammlung laden wir Sie zu einer Beschlusfassung:
„Wie ist der Arbeitslosigkeit sofort abzu helfen?“
am Donnerstag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Hotel Preußischer Hof, ergebenst ein.
Wir bitten bestimmt zu erscheinen.
J. v. G. Fuhrmann.“

Unsere drei Kollegen gingen, im guten Glauben, daß hier besonders gute Vorschläge (nach der Tagesordnung zu urteilen), kommen würden, hin. Ganze 12 Mann waren noch anwesend, also zusammen 16. Der Einberufer G. Fuhrmann, Kontorist bei Zeitter u. Winkelmann, legte los, daß es wünschenswert erdneine, eine Gewerkschaft auf nationalem Boden zu gründen. Es sollten Listen zum Einzeichnen auf den Fabriken zirkulieren, und man wolle mit 10 Pf. Wochenbeitrag anfangen. Nach und nach müßte man sich dann daran gewöhnen, gleiche Beiträge wie die freien Gewerkschaften zu erheben, da man ja doch auch soviel an Unterstüzungen wie diese zahlen müßte. Herr C. Amme (Amme, Giesede u. König), Fabrikdirektor, war nicht für Listenzirkulation, das würde sonst Mißtrauen erwecken. So ging es hin und her, bis Herr Pastor Dr. Beck als gutemgeheilter Kenner der nationalen Arbeiter mit Zahlenmaterial auspackte. Es war ihm jedenfalls peinlich, anerkennen zu müssen, daß schwer etwas zu machen sei. Die freien Gewerkschaften hätten an Orte über 13 000 Mitglieder, rechne man bei den auf nationalem Boden stehenden Gewerkschaften alles zusammen, so kämen kaum 2000 heraus. Die Gelben hätten so an die 200 (sonst hieß es immer über 700), da wäre aber auch manches nicht, wie es sein sollte, ordentliche Führer fehlten, Leute mit Rückgrat müßte man haben. Mittlerweile waren 1 1/2 Stunden verstrichen, von den paar anwesenden gelben Arbeitern hatte keiner den Mund aufgetan, und der Werksmeister Hauser von der Firma Zeitter u. Winkelmann konnte sich auch für das nationale Projekt erwärmen; so wurden denn unsere drei Kollegen ersucht, auch ihre Meinung zu sagen. Wer beschreibt die Ueberraschung, die entstand, als unsere Kollegen erklärten: „Wir sind bereits organisiert in der freien Gewerkschaft.“ Unerhört, daß man zu einer vertraulichen Sitzung kam, wo man so recht interne Sachen verhandelte. Hier sei jedenfalls der Fehler in der Einladung zu suchen. Als man jedoch den Herren entgegenete, daß man bisher vergeblich auf die Erledigung der Tagesordnung gewartet hätte, gab es Entschuldigungsgründe genügend. Nach diesem erlebten Reinfall blieben die zwölf Gelben noch unter sich zusammen; was endlich beschlossen worden ist, dürfte nicht weit her sein, nachdem der so schön arrangierte Plan durchkreuzt wurde. Wir geben dieses bekannt, um zu zeigen, wie unter der Taube: „Fürsorge für Arbeitslose“ Pläne zur Arbeiterreprobation gerichtet werden.

Bienne haben. (Ehiffszimmerer.) In der am 6. Februar abgehaltenen Sektionsversammlung referierte Kollege Neumann-Gamburg über das Thema: „Der deutsche Seeschiffbau und die Lage der Arbeiter.“ Nach Auffassung des Referenten wird im allgemeinen das Gebiet der Werftbetriebe zu wenig behandelt in den Versammlungen. Auch in der Fachpresse müßte die Werftfrage mehr erörtert werden; aus den Reihen der Kollegen müßten Beiträge an die Fachpresse abgehen. Die Geschäftsabschlüsse der einzelnen Werften bieten reichlich Stoff zu Erörterungen. Redner bringt einige Auszüge aus den Geschäftsabschlüssen der größeren Werften von der Elbe, der Weser und dem Ostseegebiet, aus welchen ersichtlich ist, daß überall ein rapider Rückgang zu verzeichnen ist, der größere Arbeiterentlastungen und Verkürzung der Arbeitszeit zur Folge hatte. Die Werftkonferenz sollte es sich zur Aufgabe machen, einen besseren Ueberblick über die gesamten in- und ausländischen Werften zu verschaffen. Die Werftbesitzer übersehen genau ihr Gebiet, während wir dazu noch nicht in der Lage sind. Können wir erst dieses Gebiet übersehen, so haben wir bei der Wahrung der Interessen unserer Mitglieder ein viel leichteres Arbeiten. Ueber kurz oder lang muß auch die Tarifrage auf den Werften erörtert werden. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Vom Vorsitzenden wurde die Frage aufgeworfen, aus welchen Gründen die Schiffszimmerer in den Branchenlisten und Statistiken nicht besonders aufgeführt werden, obwohl andere Branchen, die noch nicht so stark an Mitgliedern sind als wir hier an Orte, dort verzeichnet werden. Es müßte doch Sache des Gausvorstandes sein, beim Hauptvorstande dahin zu wirken, daß dies geschehe, da der Gau Hamburg dabei hauptsächlich in Frage komme und diese als Material bei der Agitation gegen den noch vom Raftengeist besetzten Schiffszimmererverband von großem Nutzen sei. Kollege Neumann erklärte sich bereit, dem geäußerten Wunsch zu willfahren. Es wurden auch Klagen darüber geführt, daß unsere nach der Elbe, der Hochburg des Schiffszimmererverbandes, reisenden Kollegen von den dortigen Schiffszimmerern mit allen Mitteln bearbeitet werden, um sie zum Uebertritt zu verleiten. In vielen Fällen haben die Kollegen auch selbst schuld. Würden sie sich besser an den Versammlungen beteiligen und über unser Organisationswesen sich mehr Kenntnis aneignen, dann wären sie auch imstande, solchen die Stange zu halten. Hauptächlich

ollen die jüngeren Kollegen sich reger an den Versammlungen beteiligen und Interesse für die Organisation zeigen, denn mit solcher Gleichgültigkeit und Laueheit sollte doch endlich einmal gebrochen werden. Wir erfordern die Kollegen, fernerhin ihre Pflichten der Organisation gegenüber besser zu erfüllen und regelmäßig in den Versammlungen zu erscheinen.

Crimmitschau. In der Tischfabrik von Max Schmidt können sich recht eigenartige Zustände eingebürgert zu haben, seit Herr Kramer Werkführer ist. Er glaubt sich wahrscheinlich ins Mittelalter versetzt, wo der Meister noch das Rücktrittsrecht ausüben sich erlauben durfte. Denn die Vorgänge seit längerer Zeit sind ganz dazu angelegt, diese Vermutung aufkommen zu lassen. Ist es doch am 3. Januar wieder vorgekommen, daß H. einen Arbeiter im Halse gewürgt hat. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man auch, daß dies schon der 7. Fall ist, daß sich Herr Kramer an Arbeiter vergreifen hat. Die Arbeiter daselbst tragen über selbst die Schuld daran, wenn sich dieser Herr Zärtlichkeiten ihnen gegenüber erlaubt, denn es gibt noch Kollegen dort, die da glauben, sie müssen, sobald in den Versammlungen Mißstände aus diesem Betriebe besprochen werden, dieses Herrn Kramer wieder hinterbringen. Herr Kramer hat dies in einer Werkstattbesprechung auch offen zugegeben, daß ihm alles wiedererzählt wird. Es ist einfach beschämend für die Arbeiter dieses Betriebes, daß derartige Mißstände Platz greifen können. Anstatt sich um ihre Organisation zu kümmern, laufen sie Klimbimbereinen nach. Werden ihnen dann Vorhaltungen über ihre Nachlässigkeit gemacht, dann bringen sie es noch fertig und hampfen auf die Organisation und ihre Vertreter, anstatt Herrn Kramer zu lehren. Beim letzten Fall hat sich dieser Herr damit entschuldigt, er sei nervös. Nun, wenn dies der Fall ist, dann gehört Herr Kramer überhaupt nicht auf den Posten eines Werkführers, sondern sollte dies geeigneteren Leuten überlassen. Hoffentlich ragen diese Zeiten dazu bei, Aenderung in diesem Betriebe zu schaffen, sonst müssen wir uns weiter damit beschäftigen.

Erlangen. (S o r g a l a n t e r i e w a r e n b r a n c h e.) Wie in allen Berufen, so ist auch bei uns seit bereits 1/2 Jahren der Geschäftsgang am hiesigen Orte ein ungemein schlechter. Entlassungen von Kollegen wurden trotz der starken Verkürzung der Arbeitszeit (bis zu drei Tagen pro Woche) vorgenommen. Gegenwärtig arbeitet ein Teil der Kollegen 7 Stunden pro Tag, der übrige Teil nur 4 bis 7 Stunden. Es ist die Krise gewiß eine allgemeine Erscheinung, aber dieselbe würde in unserer Branche am hiesigen Orte nicht so eminent hervortreten, wenn wir nicht mit einer ausgedehnten Schmutzkonkurrenz zu rechnen hätten. Durch diese ist es möglich, daß ein hiesiger Fabrikant unsere Kollegen verkürzt arbeiten läßt und dafür eine große Anzahl Waren von auswärts bezieht; es kommt hier hauptsächlich die Zahlstelle Kreuznach in Betracht. Was für einen Verdienst mögen wohl die Kollegen haben, die in solchen Betrieben beschäftigt sind? Denn nach unserer eigenen Ueberzeugung liefern diese Fabrikanten nach Erlangen Waren, bei deren Preis unmöglich mit einem nur einigermaßen annehmbaren Verdienst zu rechnen wäre. Ein weiterer Grund für die schlechte Konjunktur ist auch in der seit circa 6 Jahren durchgeführten fast vollständigen Maschinen- und Kolonnenarbeit, wie diese teilweise hier besteht, zu suchen, denn durch diese in Gemeinschaft mit einer noch zehnständigen Arbeitszeit ist eine Ueberproduktion unvermeidlich. Wie mag es erst mit der Arbeitszeit aussehen in Orten, wo die Schmutzkonkurrenz zu Hause ist. Kollegen, es ist höchste Zeit, sich unserer schlechten Lage bewußt zu werden, denn bis hierher die Kollegen bemüht waren, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu heben, werden deren Erfolge durch die oben angeführte Schmutzkonkurrenz außer Acht gelassen. Es ist deshalb Pflicht der Kollegen, allerorts solchen Geistern durch Herbeiführung angemessener Löhne das Handwerk zu legen, denn nur durch schlechte Arbeitsbedingungen ist es solchen Schmutzkonkurrenzen möglich, ihr Dasein zu fristen. Kollegen, wollen wir unsere Zukunft abschütten und gemeinschaftlich dafür Sorge tragen, daß auch in unserer Branche bessere Verhältnisse geschaffen werden. Verbucht gegenseitiger Aussprache erfordern wir alle Zahlstellen, in denen unsere Branche vertreten ist, hier von der hiesigen Verwaltung Mitteilung zu machen.

Frankenthal. Die Differenzen bei der Firma Fuhrmann u. Haus sind beigelegt worden. Durch Vermittlung des Fabrikinspektors ist es gelungen, einen für die Arbeiter günstigen Vertrag, welcher bis 1. Februar 1910 läuft, abzuschließen. Hier hat sich wieder gezeigt, daß sich vieles erreichen läßt, wenn die Konjunktur auch eine schlechte ist. Einigkeit bis zum letzten Mann ist die beste Waffe gegen alle Scharfmacherpläne. — Jetzt beginnt auch die Firma Bickoth u. Co., Schulbankfabrik, die gleichen Manöver, nur mit dem Unterschiede, daß die Abzüge Stück für Stück gemacht werden. Die Kollegen sind sich auch hier einig, sich keine Abzüge gefallen zu lassen und wird es auch gelingen, diese Abzugspläne zu durchkreuzen.

Fürth. Der Girsch-Dundersche Gewerbeverein spielt unter den hiesigen Holzarbeitern eine recht bescheidene Rolle, das hindert die Leute aber nicht, sich in ihrem Vereinsorgan, der „Eiche“, anzustellen, als könnten sie Räume ausreichen. So hat auch die Nr. 5 dieses Blattes wieder einen mehr als zwei Spalten langen Bericht aus Fürth enthalten, der den Eindruck erwecken sollte, als stände, wenn die paar Girsche nicht vorhanden wären, die Existenz der Fürther Holzarbeiter auf dem Spiele. Man könnte das Gefühl dieses Störs auf sich beruhen lassen, denn die Bedeutungslosigkeit der Girsche geht schon daraus hervor, daß der Artikelverfasser selbst konstatieren muß, daß 90 Proz. der Holzarbeiter organisiert sind, und zwar sind 85 Proz. der Beschäftigten im Deutschen Holzarbeiterverband. Die Girsche haben also nicht viel zu sagen, sie entschädigen sich aber, indem sie um so mehr schimpfen. Der Gegenstand, um den es sich handelt, ist aber immerhin wert, daß unsere Kollegen über ihn unterrichtet werden, weshalb wir in aller Kürze eine Darstellung des Sachverhalts geben wollen. In der hier vorherrschenden Spiegelindustrie kommt hauptsächlich Massen- und Detailarbeit in Betracht. Bei mindestens drei Viertel der Artikel wird mit einem Stückpreis zwischen 4 und 10 Pf. gerechnet. In der schlechten Konjunktur, die oft 1/2 des Jahres herrscht, ver-

suchen die Unternehmer die Preise zu drücken. Trotz energischer Gegenwehr haben solche Versuche mitunter einen größeren oder geringeren Erfolg. Das läßt sich leider nach Lage der Dinge nicht immer vermeiden. Nun trat die Firma Ammersdorfer vor Weihnachten an ihre Arbeiter mit Lohnkürzungen in einer solchen Höhe heran, daß sie unbedingt zurückgewiesen werden mußten. Zu bemerken ist dabei, daß diese Firma ihren Betrieb weniger rationell eingerichtet hat als andere Fabriken und daß deshalb zum Teil höhere Löhne gezahlt werden. Als nun die Lohnreduktion zurückgewiesen wurde, wurden von circa 160 Mann etwa 80 sofort entlassen. Darunter waren 40 Verbandsmitglieder, die Gemahregelunterstützung erhielten und solche bis heute beziehen, soweit sie noch nicht wieder Arbeit haben. Damals war eine Kommission, bestehend aus der Fabrikkommission und zwei Verwaltungsmitgliedern bei dem Firmeninhaber Kräufl vorstellig. Dieser verhielt sich strikte ablehnend, er erklärte, ein Entgegenkommen der Arbeiter mühe ihm gar nichts, es müsse bei den Abzügen in voller Höhe sein Bewenden haben, da er sonst neue Abschlüsse nicht machen könne. Daraufhin empfahl die Kommission den Kollegen, die Abzüge abzulehnen, und es wurde demgemäß beschlossen. Der Berichterstatter der „Eiche“ war übrigens in der Kommission und abends in der Versammlung, das hindert ihn aber nicht, gottesfürchtig und dreist zu schwindeln. Später hat denn die Firma doch nachgegeben und es kam ein Vergleich auf der Grundlage zustande, daß die gleichen Preise wie in den Konkurrenzgeschäften gezahlt werden, daß aber auch die gleiche Betriebsform eingeführt wird. Diesen Vergleich empfahlen unsere Kollegen zur Annahme. Das konnten sie um so leichter, als die Vertreter der einzelnen Sparten erklärt hatten, auf diese Bedingung eingehen zu können. Bei den erneuten Verhandlungen mit dem Fabrikanten war es gerade der Gewährsmann der „Eiche“, der dem Unternehmer Fingerzeige gab, wo er mit Abzügen einsehen könne. Jetzt schwindelt dieser „Ehrenmann“, die Verwaltung hätte die Kollegen gebeten, die Bedingungen anzunehmen. Selbstverständlich war von der Verwaltung auf die Konsequenzen der Abstimmung hingewiesen worden. In der dann von den Kollegen selbst gewünschten nochmaligen Abstimmung wurden die Bedingungen gegen 4 oder 5 Stimmen angenommen. Der Girsch-Dundersche Schwindelmeister spricht auch noch von dem Vertrag, nach welchem keine prinzipielle Forderung nebst Arbeitszeitverkürzung gestellt werden darf. Wenn wir auch zweifeln, daß er sich beharren läßt, so wollen wir ihm doch an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen, daß die Vereinbarung, die im Jahre 1905 abgeschlossen und jetzt bis 1911 verlängert wurde, lediglich festsetzt, daß eine weitere Arbeitszeitverkürzung nicht eintreten soll; von prinzipiellen Forderungen ist mit keiner Silbe die Rede. Zum Schluß noch ein Wort zu der Aussperrung zu Weihnachten, welche der wahrheitsliebende Berichterstatter der „Eiche“ auf die Verschleppung des Vertrages zurückführt. Unsere Kollegen wissen seit Jahren, daß zwischen Weihnachten und Neujahr in fast allen Holzbetrieben die Arbeit ruht. Das war auch im vergangenen Jahr der Fall, nur mit dem Unterschied, daß alle Kollegen ihre Invalidenarten ausgehandelt erhielten, durch welche Maßnahme die Unternehmer die Ortskrankenkasse um die Beiträge bringen wollten. Diese Aktion wäre auch erfolgt, wenn zufälligerweise keine Verhandlungen geschwebt hätten. Der Berichterstatter der „Eiche“ sagt, nachdem er die Dinge gehörig durcheinandergewirrt hat, „daß ist modern organisierter Arbeiterverrat, dessen Folgen sich zeigen werden.“ Dieser Ebelhirsch hofft gute Geschäfte machen zu können; wir könnten ihm aber sagen, daß er auf Fürth nicht zu rechnen braucht. Die Fürther Kollegen sind von den rabidat tuenden Girschen schon zweimal geküßt worden und haben von dieser Sorte Arbeitervertreter für alle Zeiten genug. Ob wir aber noch einmal Leute zur Verhandlung mit Unternehmern zulassen, die den Arbeitgebern Rat schläge erteilen, wie sie die Lage der Arbeiter zu verbessern wie uns noch sehr überlegen.

Wittweida i. Sa. Die Verhältnisse am hiesigen Ort sind derart, daß wir uns verpflichtet fühlen, sie einmal der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Speziell Herr Tischlermeister Paul Drescher leistet sich in bezug auf Behandlung der Gesellen Besonderes. Der Tarif, welchen unsere Zahlstelle mit der Tischlerinnung abgeschlossen hat, findet bei ihm wenig Beachtung; wird ein Kollege einmal vorstellig und fordert Herrn Paul Drescher auf, doch wenigstens die vereinbarten Tarifbestimmungen einzuhalten, so wird ihm entgegen geschleubert: „Wie es heute ist, da laß ich mir keine Vorschriften machen; es kommen alle Tage Tischler, die einem wirklich um Arbeit anbeteln; wenn es da nicht paßt, der fliegt ganz einfach hinaus!“ So ist es auch unserem Bevollmächtigten gegangen, wie schon vielen Kollegen. In der Werkstatt geht es zu wie in einem Taubenschlag. Es sind schon Fälle vorgekommen, wo der eine Kollege noch an der Bank stand und der Meister schon einen anderen einstellte und den ersten ganz einfach entließ. Daß derartige Verhältnisse nicht vorteilhaft auf unsere Organisation wirken, wird wohl jeder Kollege zugeben, deshalb sehen wir uns veranlaßt, die reisenden Kollegen zu bitten, das Umschauen zu unterlassen. Die Reiseunterstützungsauszahlung der umliegenden Zahlstellen mögen hierbon Notiz nehmen und die Kollegen auf unsere Verhältnisse aufmerksam machen, damit nicht die Kollegen den Herren Meistern die Bude einlaufen und unsere Verbandsstätigkeit erschweren. Die reisenden Kollegen werden gebeten, nur die von den vereinigten Gewerkschaften errichtete Herberge „Gambetrinus“ zu benutzen. Den Kollegen am Ort rufen wir aber zu: Nehmt mehr wie bisher an dem Verbandsleben teil, besucht die Versammlungen fleißiger, damit jeder Kollege unterrichtet ist, was in der Zahlstelle vorgeht. Dann können wir auch jede derartige Annäherung der Meister zurückweisen, ohne zu befürchten, entlassen zu werden.

Massbad. Die letzten schlecht besuchten Versammlungen geben einen Beweis, wie wenig die Kollegen mit geringen Ausnahmen die ungünstige wirtschaftliche Lage würdigen und wie geradezu der Stumpf sinn um sich greift. Glaubt ihr, Kollegen, daß bei dieser Interesslosigkeit so weiter gehandelt werden kann. Ist es nicht eure bestammte Pflicht und Schuldigkeit, gerade jetzt die Augen offen zu halten, um den Machtgelüsten der Unternehmer ein Paroli bieten zu können. Wacht nun endlich auf aus eurer

Träumerei und kommt in die Versammlungen und wird werden miteinander als Arbeiter und Kameraden an dem Ausbau unserer Organisation arbeiten und unsere Lage beraten. Nur dann wird unser Los als Arbeitsflaven gebessert. Kameraden! Vernehmet den Befehl! Hinein in die Versammlungen, in denen wir alle für eine bessere Zukunft beraten wollen.

Münster. (W ü r s t e n m a c h e r.) Am 9. Januar fand die diesjährige Generalversammlung der Sektion statt, welche ziemlich gut besucht war. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß innerhalb der Sektion 68 Versammlungen und Werkstattbesprechungen stattfanden, darunter 9 mit Vorträgen. Der Mitgliederstand betrug am Jahresluß 515. Die Agitation bei den Heimarbeitern wurde durch die Krise sehr erschwert. Durch die Lohnbewegungen bei den Kleinmeistern wurde 8 Proz. Lohnerböschung errungen und ein Tarifabschluß auf die Dauer von zwei Jahren erzielt. Aus unserer Sektionskasse wurden 28 Mitglieder mit einem Betrage von 264 Mk. unterstützt. Vorsitzender Jobst, sowie Kassierer und Schriftführer wurden einstimmig wiedergewählt.

Neubamm. Am 7. Februar referierte Kollege Gübner-Berlin über: „Warum sind wir Mitglieder im Deutschen Holzarbeiterverband?“ Referent ging auf die Krise ein und schilderte, daß der Verband die Hoffnungen, die die Kollegen in denselben gesetzt haben, wohl ganz erfüllt hat. Die Krise ist der Prüfungsstein für den Verband und es muß zugegeben werden, daß derselbe diese Prüfung bisher gut bestanden hat. Doch hat sich ein Mangel eingestellt, der unbedingt beseitigt werden muß. Die Kollegen müssen sich reger am Verbandsleben beteiligen, da dadurch das Interesse der gesamten Kollegen gehoben wird. Wenn jeder Kollege sich fragt, ob er wohl seine Pflicht ganz erfüllt hat, so werden viele Kollegen sein, welche diese Frage mit nein beantworten müssen. Dies soll und muß anders werden, und mit einer Aufforderung, daß jeder in Zukunft seinen Mann stehe und nicht eher ruhe, als bis der letzte Mann dem Deutschen Holzarbeiterverband als Mitglied angehört, schloß Redner seine Ausführungen. In der Diskussion beschäftigte man sich mit der Firma Schmidt u. Zahn. Der Unternehmer hat seit den in den Jahren 1903 und 1907 verlorenen Streiks das Heft in den Händen und nützt dies auch nach allen Scharfmacherregeln aus. Wenn er im Betrieb ein Verbandsmitglied wittert, so fliegt dasselbe. Einem für die Organisation tätigen Kollegen drohte er: „Ich werde dafür sorgen, daß Sie in Neubamm keine Arbeit mehr bekommen!“ Solche Maßregeln wirken auf die Kollegen wie Peitschenhiebe und wir können zufrieden sein, da der Unternehmer durch sein Vorgehen unsere Kollegen zusammentreibt. Daß das Vorgehen des Arbeitgebers für uns wirkt, beweisen die bei der am Vormittag des Versammlungstages vorgenommenen Hausagitation erzielten Erfolge, bei welcher sich 20 Kollegen aufnehmen ließen. Nur so weiter, Herr Zahn, und wir sind mit Ihnen zufrieden. Mit gutem Mut und dem Versprechen, jeder seine Pflicht voll tun zu wollen, gingen die Kollegen nach Schluß der Versammlung auseinander.

Roßershan im Erzgebirge. Das vergangene Jahr stand auch bei uns im Zeichen der wirtschaftlichen Krise. Der schlechte Geschäftsgang hat aber die hiesigen Industriellen nicht veranlaßt, eine Arbeitszeitverkürzung vorzunehmen. Sie suchten sich durch „Lohnregulierungen“ schadlos zu halten, durch welche einzelne Arbeiter schwer betroffen wurden. Dadurch wurde auch Uneinigkeit unter den Kollegen herbeigeführt zum Vorteil der Unternehmer. Dieses brutale Schikanieren der Arbeiter sollte jedem die Augen öffnen und ihn seine Klassenlage erkennen lehren. Ein großes Feld ist hier noch zu bearbeiten, bis der letzte Kollege dem Verbandsangehörigen. Erst dann wird es möglich sein, in Roßershan wieder einmal daran zu gehen, eine Erhöhung der Löhne und eine Besserung der Lebenslage zu erreichen. Es ist dringend notwendig, in Zukunft besser als bisher die Versammlungen zu besuchen. — Kollegen, heraus aus den Klimbimbereinen, in Massen hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband.

Schöneberg bei Berlin. In unserer letzten Generalversammlung wurde die Preisbrüdererei der Firma Meddemann einer Besprechung unterzogen. Herr Meddemann hatte in kurzer Zeit zweimal, im ganzen 7 Proz., Abzüge vorgenommen. Um die Öffentlichkeit zu unterrichten, wie Unternehmer tarifliche Abmachungen halten, berichteten wir über die Vorgänge im „Vorwärts“. Weil Herr Meddemann sehr daran liegt, möglichst viele Nichtverbändler zu beschäftigen, war in dem Bericht bemerkt worden, daß in dem Betriebe über die Hälfte Girsch-Dundersche Kollegen arbeiten. Das war ein Irrtum, es waren nämlich nicht „über“ die Hälfte, sondern genau die Hälfte Gewerkschaftler im Betriebe. Dieser Umstand genügt den Girschen, trotzdem ihnen der vorliegende Irrtum mitgeteilt worden war, um in Nr. 4 „Die Eiche“, die Verbandskollegen als nicht wahrheitsliebend und nutzlos hinzustellen, sich selbst aber über dem grünen Alee zu loben. Durch dieses Löwengebrüll, das die Girsche anstimmen, wird sich niemand, und am wenigsten Herr Meddemann, täuschen lassen. Er kennt den Esel, der unter der Löwenhaut steckt, recht gut, und wird den lieben Girschen seine Sympathie nicht entziehen. Auf das gleiche Konto Girsch-Dunderscher Dilettanten ist auch die Behauptung zu setzen, daß sich keiner von den Verbandskollegen getraute, mit Herrn Meddemann zu verhandeln. Der hier von den Girschen ausgeübete Fall trug sich folgendermaßen zu: Als die Verhandlung des Ausschusses resultatlos verlaufen war, traten die beiden Organisationsvertreter in Funktion und sollten zwei Kollegen zugegen sein. Dabei ging es sehr schnell zu, da man sich eilen mußte, um Herrn Meddemann noch habhaft zu werden. Da der eine Verbandskollege aus besonderen Gründen seine Gegenwart als nicht recht passend fand, erbot sich ein zweiter Girsch mitzugehen. Unser Vertreter mußte gar nicht einmal, daß kein Verbandskollege mit war, und es kam auch gar nicht darauf an, weil die Kollegen aus der Werkstatt lediglich zuzuhören hatten, was verhandelt wurde. Die Girsche müssen ganz vergessen haben, daß dies vor ein paar Jahren wir stets allein mit Herrn Meddemann verhandelt haben, wenn es erforderlich war. — Der Gewerbeverein hat es sich in letzter Zeit zur Aufgabe gemacht, in gehässiger Weise über uns herzugiehen. Wenn

die Hirsche der Meinung sind, auf diese Weise für ihre Organisation Propaganda machen zu können, so irren sie sich. Sie sind hinreichend bekannt, und die Kollegen wissen, was sie von Hirsch-Dunderschen Redensarten zu halten haben.

Stade. Schon längere Zeit ist der Versammlungsbesuch ein recht lauer und viele Kollegen denken, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, haben sie ihre Pflicht getan und brauchen sich um weiter nichts zu kümmern. Nein, Kollegen von Stade, das ist falsch; hier tut noch sehr viel der Aufbesserung not. Gerade jetzt in der Krisis müssen wir fester zusammenhalten als sonst; schikanieren uns doch gerade jetzt die Meister am meisten, wo sie wissen, daß viele Tausende auf der Landstraße liegen und sie jeden Tag ihre Bude wieder füllen können. Darum Kollegen, seid auf dem Platze und kommt dahin, wo es die Pflicht von euch erfordert, in die Versammlung. Unterstützt unser Lokal und geht nicht dahin, wo man uns auch nicht mit unserer Versammlung haben will, kehrt den Klimbimbereinen, denen ihr angehört, den Rücken. Also Kollegen, sorgt für einen besseren Versammlungsbesuch, agitiert kräftig für den Verband, daß auch alle bis zum letzten Indifferenten für uns gewonnen sind, dann können wir den Arbeitgebern geschlossen entgegenreten und die Früchte werden nicht ausbleiben.

Tilfit. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen 4888,69 Mk., die Ausgaben 4698,01 Mk. Die Lokalkasse schließt mit einem Bestand von 477,67 Mk. ab. Aus dem Jahresbericht, der in der Generalversammlung gegeben wurde, sind folgende Punkte hervorzuheben. Der zum 1. Mai 1908 ablaufende Vertrag wurde im Februar von Seiten der Unternehmer gekündigt. Dieselben gedachten, der großen Krisis wegen, die Löhne und Akkordpreise zu drücken. Da die Unternehmer bei dieser Bewegung zum ersten Male uns geschlossen gegenüberstanden, sie auch nicht recht wußten, was sie anfangen sollten, so zogen sich die Verhandlungen von Anfang Mai bis zum 28. Juni in die Länge. Durch diesen Vertrag wurde in sämtlichen Werkstätten, welche dem Arbeitgeberverband angeschlossen waren, die 4½stündige Arbeitszeit eingeführt. Sämtliche Lohnarbeiter erhielten vom 1. Oktober 1908 1 Pf. pro Stunde Aufschlag. Im 3. Vertragsjahr erhalten sämtliche Arbeiter einen fünfprozentigen Lohn- und Akkordzuschlag. Unter Mithilfe der Lokalverwaltung unserer Zahlstelle gelang es, in Memel eine Zahlstelle für unseren Verband zu gründen. Gatten bis dahin die Hirsche an dem Orte die Oberhand, so ist es bei eifriger Tätigkeit gelungen, die Hirsche an Mitgliederzahl zu drücken. In dem Berichtsjahr fanden statt: 12 Mitgliederversammlungen, 1 öffentliche Versammlung, 14 Vorstandssitzungen, 3 Vertrauensmännerversammlungen, 11 Werkstattsitzungen, und zwar letztere auf Veranlassung der Verwaltung. Wie allerorts, so machte sich schon Anfang des Jahres eine schwere Arbeitslosigkeit bemerkbar. Am Schluß des Jahres hatten wir 75 Arbeitslose. Bei der Wahl der Verwaltung wurden die Kollegen August Penzel zum Bevollmächtigten und Kallweit zum Kassierer wiedergewählt. Zum Schluß forderte der Bevollmächtigte die Antwesenden zu einer eifrigen Agitation und zu regem Besuch der Versammlungen auf, damit bei Eintritt einer besseren Konjunktur der alte Mitgliederbestand, welcher im Sommer 1908 220 betrug, jetzt aber auf 162 gesunken ist, wieder eingeholt werde.

Varel (Oldenburg). In dem Möbelgeschäft von Wiemken-Söhne sind die Lohnverhältnisse noch sehr schlecht. Die Abhne bewegen sich von 18-21 Mk., und zwar ist nur ein Kollege in der glücklichen Lage, den Höchstlohn zu erhalten. Leider war es uns bisher durch die Laufzeit der betreffenden Kollegen nicht möglich, bessere Verhältnisse dort zu schaffen. Da die Kollegen jetzt aus ihrem Schlaf erwacht sind, soll in nächster Zeit ein Versuch in dieser Richtung gemacht werden. Bei der Firma Dietjen ist es den Kollegen mittels ihrer Organisation gelungen, was bessere Verhältnisse zu schaffen. Jetzt, in der Zeit der Krise, glaubt Herr Dietjen, die Zeit sei gekommen, die für den Verband tätigen Kollegen aus seinem Betriebe zu entfernen. So wurde am Sonnabend unser Kassierer sowie unser 2. Vorsitzender entlassen mit der Motivierung „Arbeitsmangel“. Trotdem wurden in den letzten Wochen, ja sogar in den letzten Tagen mehrere Kollegen neu eingestellt. Auch die sonstigen Umstände lassen klar erkennen, daß es sich hier nur um Maßregelungen handelt. Sollte Herr Dietjen glauben, jetzt in der Zeit der Krisis einen Schlag gegen die Organisation führen zu können, so warnen wir ihn, den Dogen allzu straff zu spannen. Die reisenden Kollegen bitten wir aber, wenn sie nach Varel kommen, sich in Zukunft erst bei unserem Bevollmächtigten zu erkundigen, bevor sie hier in Arbeit treten.

Zeulenroda. Seit April 1908 stehen die Kollegen bei der Firma M. May, Kunstmöbelfabrik, fortwährend in Differenzen mit dem Firmeninhaber. Herr May hat seine Fabrik vergrößert und eine Puhmaschine angeschafft, wofür er aber zu viel am Akkordlohn abzieht. Diefers mußte die Kommission in Funktion treten, wobei es mitunter zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Da wir hier bis Ende vorigen Jahres von der Krisis noch nichts gespürt hatten, kamen wir immer mit May im Guten auseinander. Aber jetzt, da er sein ganzes Lager voll stehen hat, beginnt er die mißliebigen Arbeiter zu entlassen. Am 8. Februar kam auch der Bevollmächtigte der Zahlstelle an die Reihe, der ohne Grund entlassen wurde. Wir möchten die auswärtigen Kollegen ersuchen, wenn May etwa Tische nach Zeulenroda sucht, der Lokalverwaltung davon Mitteilung zugehen zu lassen, damit nähere Auskunft erteilt werden kann, bevor die Kollegen hier in Arbeit treten, denn wir haben jetzt selbst hier Arbeitslose am Ort. Den hiesigen Kollegen rufen wir zu: Haltet fest zum Verband und kommt in die Versammlungen, damit wir jederzeit aeskult und geschlossen dastehen.

Unsere Lohnbewegung.

In Straßburg i. El. ist die seit langem angebrohte Ausperrung der Parkettleger nun zur Tatsache geworden. Der Tarif war am 1. Februar abgelaufen, doch schon im Dezember vorigen Jahres teilten uns die Unternehmer mit, daß sie eine Lohnreduktion vornehmen wollten. Die Vorschläge, die sie in einer Sitzung unterbreiteten, betrafen eine Kürzung der Akkordsätze, die bei einzelnen

Positionen des Tarifs einen Lohnausfall bis 1,50 Mk. pro Tag zur Folge haben. Im großen und ganzen möchte man gern die Preise wieder einführen, wie sie vor Abschluß des ersten Vertrages im Jahre 1905 bestanden hatten. Da trotz allen Burendens keiner der organisierten Kollegen den neuen Tarif unterschreiben wollte, wurden sie alle aufs Pflaster geworfen. Wenn sie Hunger haben, werden sie schon klein beigeben, äußerte sich Herr Siegrist, der Direktor der Straßburger Parkettfabrik. Die Parkettleger aber sind der Ansicht, daß das Hungern erst beginnt, wenn sie den schlechten Tarif unterschreiben. Da auch die Behandlung der Arbeiter durch die Unternehmer alles zu wünschen übrig läßt, ist zu hoffen, daß die Herren mit Arbeitsangeboten nicht überlaufen werden. Bezug ist streng fernzuhalten.

In Halle a. S. sind am 11. Februar sämtliche vier bei der Firma Schmidt beschäftigten Korbmacher in den Ausstand eingetreten. Herr Schmidt verlangt die Anfertigung der Drillingskörbe für 1,80 Mk. Die Kollegen verlangen 2,25 Mk. dafür. In Wettin bei Halle haben bei der Firma S. Brose ebenfalls Unterhandlungen stattgefunden. Beide Herren erklären, daß der geforderte Preis nicht zu hoch wäre, sie ihn auch eventuell zahlen würden, aber ein Beschluß der Korbmachergeossenschaft hindere sie daran. Voraussichtlich ist es auch in Wettin zum Streit gekommen. Wir ersuchen deshalb alle Kollegen, beide Orte strengstens zu meiden.

Ausland.

In Wien sind die Tischler ausgesperrt worden, weil sie es ablehnten, einen ihnen ungünstigen Vertrag mit den Unternehmern abzuschließen. Allerdings beträgt die Zahl der ausgesperrten Kollegen nicht 8000, wie es anfangs in der Presse hieß, sondern nur 983. Immerhin dürfte es aber notwendig sein, den Zugang von Wien streng fernzuhalten, damit unsere Wiener Kollegen recht bald siegreich aus diesem Kampfe hervorgehen.

Aus der Holzindustrie.

Wie die Korbmachermeister das Handwerk heben.

Die Lieferung von Geschloßkörben für die Militärverwaltung hat in der Korbindustrie eine lebhaftere Bewegung hervorgerufen. Es schien, als sollte für den Glanzberuf der Korbmacher, wenn auch nur vorübergehend, eine bessere Zeit andrehen. Von der Aufregung wurden sowohl die Unternehmer als auch die Arbeiter erfaßt. In einem Rundschreiben, welches der Vorstand des Bundes Deutscher Korbmacher-Innungen unterm 4. Juni 1907 an die Bundesinnungen erließ, wurde mit Befriedigung festgestellt, daß es den Bemühungen des Vorstandes gelungen sei, zu erreichen, daß die Lieferungen in erster Linie an selbständige Korbmacher vergeben werden. Dann wird weiter berichtet, daß das Verlangen der Artilleriewerkstatt zu Spandau, die Preise niedriger zu normieren, als sie bei den gelieferten Probekörben angefaßt waren, in den Korbmacherkreisen Enttäuschungen verursacht und Anlaß zu harten Urteilen gegeben habe, da jeder Submittent schon glaubte, niedrig genug die Preise bemessen zu haben. Das Resultat einer gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstandes mit dem Berliner Innungsvorstand war der Rat, im Preise nicht zu billig zu werden. Einen Anhalt für die Kalkulation sollte der Abdruck einer Eingabe des Korbmachermeisters Krüger in Spandau an die Direktion der Artilleriewerkstatt geben. Danach wird empfohlen, keineswegs unter den Betrag von 8 Mk. für den einzelnen Korb herunterzugehen und je nach der Beschonung 3 bis zu 9 Mk. sich zu bewegen.

Soweit jenes Rundschreiben. Man hätte erwarten dürfen, daß nun die Meister darauf bedacht sein würden, anständige Preise zu halten. Aber es kam halb ganz anders. Auf dem Korbmachertag in Bremen im Jahre 1908 klagte ein Stettiner Meister, daß die dortige Innung ein Angebot mit 6,25 Mk. pro Stück gemacht habe; bei der Submission wurde jedoch der Preis auf 5 Mk. normiert. Dieser Preis war den Stettinern zu niedrig und sie haben die Arbeit abgelehnt. Anders dachte der Bundesvorsitzende Bergmann in Berlin. Er hat eine Lieferung zu 5 Mk. übernommen und er empfiehlt jetzt seinen Kollegen, sich an den Arbeiten für diesen Preis zu beteiligen. Der Preis der Körbe war also unter der tätigen Mitwirkung der hervorragendsten Innungsmänner binnen kurzem ganz beträchtlich herabgedrückt worden. Noch war kein Jahr vergangen, nachdem der Bundesvorstand den Innungen empfohlen hatte, nicht unter 8 Mk. zu liefern und schon lieferten die Ratgeber selbst zu 5 Mk.

In der gleichen Weise wie der Preis der Körbe ging auch der Arbeitslohn zurück. Mitte März 1907 hatte die Zentralkommission der Korbmacher in der „Holzarbeiterzeitung“ bekanntgegeben, daß der Arbeitslohn für den Korb auf 4,60 Mk. kalkuliert sei und daß unter diesem Preis nicht gearbeitet werden dürfe. Aber lange hielt sich der Preis nicht auf dieser Höhe, obwohl in verschiedenen Orten zu dem Zweck Kämpfe geführt wurden. Als am 10. März 1908 eine Anzahl von Unternehmern aus verschiedenen Orten mit einigen Vertretern des Holzarbeiterverbandes in Berlin zu einer Sitzung zusammentraten, da glaubten diese, daß nunmehr eine feste Grundlage geschaffen würde. Diese Zusammenkunft war reichlich spät arrangiert, und der hier festgesetzte Arbeitslohn von 3 Mk. blieb sehr erheblich hinter dem Betrag zurück, der ursprünglich für die Körbe bezahlt worden war. Man gab sich aber der Hoffnung hin, nunmehr weiteren Unterbietungen einen Diegel vorgeschoben zu haben.

Diese Hoffnung erwies sich aber nur zu bald als irrig. Die Vereinbarung hinderte die Unternehmer nicht, immer wieder mit Abzügen zu kommen. Im Gegenteil, die Herren

haben gefunden, daß im oberfränkischen Korbmachergebiet die an Hungerlöhne gewöhnten Arbeiter sich trefflich dazu eignen, der Schmutzkonkurrenz Vorlauf zu leisten. Und diese Konkurrenz recht zur Geltung kommen zu lassen, ist das zweifelhafteste Verdienst desselben Herrn Krüger, der noch vor 1½ Jahren den Standpunkt vertrat, daß die Meister unter 8 Mk. nicht heruntergehen dürfen, und daß sie eventuell sogar 9 Mk. für den Korb verlangen müssen.

Im Februar 1908 erließ der Obermeister Bergmann in der „Deutschen Korbmacherzeitung“ einen Aufruf an seine Kollegen, die Preise zu halten. „Bei der Artilleriewerkstatt in Spandau“, so führte er in dem Aufruf aus, „sind Angebote in Höhe von 6,25 Mk., ja sogar von 4,80 Mk. eingegangen. Wo soll da der Geselle seinen auskömmlichen Lohn erhalten, wo der Unternehmer seinen Verdienst herausrechnen, wie das Rohmaterial usw. bezahlt werden?“ Die Konferenz am 10. März 1908 kann allenfalls als ein Resultat dieses Aufrufs angesehen werden, aber die Wirkungen dieser Konferenz sind längst nicht mehr zu spüren. Es scheint, daß die Korbmachermeister, die Geschloßkörbe liefern, ihr Heil nur noch in der Ausbeutung der Arbeiter sehen. Auf dem Innungstag in Bremen, im Juli 1908, wurde beschlossen: „Mit den Gesellschaftern sind immer wieder seitens des (Innungs-) Verbandes Preisstarke über die zu gewährenden Lohnsätze bei Vergabung von Geschloßkörben zu vereinbaren.“ Dieser Beschluß scheint jedoch der Zeitung der Bundesinnung schon wieder leid zu sein.

Auf der von Herrn Bergmann auf den 21. Januar einberufenen Konferenz der Unternehmer von Geschloßkörben wurden Arbeiter nicht zugelassen. Die Unternehmer wollten unter sich sein; sie wollten sich nicht mehr mit den Arbeitern über den Preis verständigen, sondern diesen einseitig diktieren, unbekümmert darum, wie die Arbeiter damit zurecht kommen. Nach dem Protokoll, das die „Deutsche Korbmacherzeitung“ jetzt über die Sitzung veröffentlicht hat, hat Herr Bergmann einen Ueberblick gegeben über den Erfolg, den die Korbmachermeister in weniger als zwei Jahren mit ihren Preisunterbietungen erzielt haben. Für die ersten Drillings seien 7,98 Mk. gezahlt worden, dann 5,50 Mk., jetzt nur 3,70 Mk., und es sollen sogar Angebote zu 3,10 Mk. eingereicht worden sein. Beschlossen wurde schließlich, für die Drillings künftig nur 1,75 Mk. und für Haltekappen nicht mehr als 5 Pf. zu zahlen.

Die Korbmachermeister können sich rühmen, durch elenden Futterneid den Preis für einen lohnenden Artikel gründlich auf den Hund gebracht zu haben. Wenn sie aber glauben, sich nun an den Arbeitern schadlos halten zu können, dann werden sie erfahren, daß sie sich geirrt haben. Die Arbeiter wollen bei der Preisfestsetzung auch ein Wort mitreden, und die Meister werden sich schon noch bequemen müssen, einen höheren Preis zu bewilligen. Wenn ihr Profit dadurch beschritten wird, dann haben sie sich das selbst zuzuschreiben. Die Grundsätze, die sie bei der Lieferung der Geschloßkörbe angewendet haben, sind nicht geeignet, das Handwerk zu heben, sie können es aber auf diese Weise vollends auf den Hund bringen.

In der Geschloßkörbangelegenheit war am 18. Februar eine Deputation der Korbmacher im Kriegsministerium in Berlin vorstellig, um die Wünsche der Korbmacher noch einmal vorzutragen. Die Herren vom Kriegsministerium erklärten, sich nicht in das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber einmischen zu können; sie glaubten ihre Pflicht erfüllt zu haben, wenn sie den Lieferungsbedingungen die folgenden Bestimmungen beifügten:

Als Voraussetzung für die Zulassung zur Lieferung ist die Gewährung von Lohnsätzen anzusehen, die es den Arbeitern ermöglichen, einen Tagesverdienst zu erreichen, der nicht hinter dem ortsüblichen Durchschnittslohn für die in Betracht kommenden Arbeiter zurückbleibt.

Ein Ausführlassen des Auftrages durch eine andere Firma ist unstatthaft. Im Angebot ist ausdrücklich zu erklären, daß die Körbe im eigenen Betrieb angefertigt werden.

Damit hat das Kriegsministerium seine Ansprüche allerdings in recht bescheidenen Grenzen gehalten. Der „ortsübliche Tageslohn“ dürfte für die in Frage kommenden oberfränkischen Bezirke 9, 10, höchstens 12 Mk. betragen und dürften den übrigen Korbmachern wenig angenehme Ausichten erwachen, wenn ihnen die Arbeitgeber erklären: „Ihr müßt die Körbe zu denselben Preisen machen wie die Korbmacher in Oberfranken, die dortigen Löhne hat das Kriegsministerium für ausreichend erklärt.“ Die Korbmacher verlangten die Verpflichtung zur tariflichen Bezahlung in die Verträge aufgenommen; eine wirklich beschreibende Forderung, die zu bewilligen sich aber die Herren nicht aufschwüngen vermochten. Da, wie die Aussprache ergab, schon die bisherigen Lieferungsverträge die Bestimmung enthielten, daß die Ausführung des Auftrages durch eine andere Firma unstatthaft ist und die Submittenten ausdrücklich erklären müssen, daß die Körbe im eigenen Betriebe gefertigt werden, nimmt uns Wunder, daß die zahlreichen, gegen diese Abmachung vorgekommenen Verstöße bisher nicht bemerkt wurden. Weiß doch jeder Mann, daß die in Coburg und Pichtenfels anfassigen Firmen, denen erhebliche Aufträge übergeben wurden, gar keine „eigenen Betriebe“ haben. Gegen die Geheimhaltung haben die Herren im Kriegsministerium nichts. Vielleicht ist darin die Ursache zu suchen, daß die gräßlichen Verstöße gegen die obigen Bestimmungen nicht bemerkt wurden. Da werden die Kollegen etwas nachhelfen und die zu ihrer Kenntnis kommenden Verstöße dem Herrn Kriegsminister melden müssen.

Die Hoffnungen der Korbmacher auf die Hilfe des Kriegsministeriums zur Abstellung ihrer Beschwerden haben sich also nicht erfüllt. Die Korbmacher werden nun, nachdem ihnen der Beweis erbracht wurde, daß ihnen von anderer Seite nicht geholfen wird, sich selbst helfen müssen. Sie werden alle Kräfte an den Ausbau ihrer Organisation verwenden und dafür sorgen, daß auch der letzte Korb

macher dem Holzarbeiterverband beiträgt und so der ständigen Preisdrückerei Einhalt getan wird.

Es trägt noch was ein. In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ findet sich nachstehendes Inserat:

Stille Anteil von Möbelfabrik gesucht.

Eine gut eingef. Fabrik (Spez. Lack-Lammenmöbel) sucht stille Kapitalbeteilig. in Höhe v. 40-60 000 Mk. Sicherheiten verb. geboten und eine Verzinsung von 12 bis 15 Proz. garantiert.

Sehr günst. Gelegenheit für eine Holzgroßfirma oder Sägewerk, da jährlich ca. 100 Wagg. Schnittware verarbeitet werden.

Off. u. F. R. B. 2626 an Rud. Woffe, Frankfurt a. M.

Die Fabrikation von lackierten Lammenmöbeln scheint immer noch ein leicht lohnendes Geschäft zu sein. Eine garantierte Verzinsung des Kapitals von 12-15 Proz. kann sich schon sehen lassen.

Eine Scharfmacher-Gesellschaft. Die Zwangsinnung der Wagner in Nürnberg hielt die gegenwärtige Zeit dafür angetan, einen Beschluß durchzudrücken, der die Mitglieder zwingen soll, keine organisierten Arbeiter zu beschäftigen.

Gewerkschaftliches.

Ein Wort an die deutschen Arbeiter.

Die Buchdrucker Amerikas haben eine Delegation nach Europa geschickt, um die Solidarität der Arbeiter in Anspruch zu nehmen.

Die Schriftsetzer der Vereinigten Staaten führen seit mehreren Jahren einen erbitterten Kampf um Einführung des achtstündigen Arbeitstages.

Allen Widerstände der organisierten Druckereibesitzer zum Troste ist es ihnen gelungen, im größten Teil der Druckereibetriebe ihre Forderung durchzusetzen, doch fehlt ein Teil der verbündeten Druckereikapitalisten den Widerstand fort, und wehrt sich besonders auch dagegen, daß in seinem Betriebe die Regeln und Forderungen Geltung erlangen, die die Gewerkschaften zum Schutze und im Interesse ihrer Mitglieder aufzustellen für nötig fanden.

Dieser Teil der Druckereibesitzer der Vereinigten Staaten ist organisiert und führt seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen jede Gewerkschaftsforderung. Kein Mitglied der organisierten Arbeiterschaft wird von diesen Leuten beschäftigt, und offen wird erklärt, daß sie ihren Kampf führen, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten.

An der Spitze dieser Todfeinde der organisierten Arbeit steht eine Firma, die sich „Butterick Publishing Company“ nennt und die in New York ihren Sitz hat. Diese Gesellschaft ist eine der größten Verlagshäuser der Welt.

Bis zum 24. November 1905 waren bei der „Butterick Publishing Company“ nur organisierte Arbeiter beschäftigt. Am genannten Tage stellte die Firma unorganisierte Arbeiter ein, um die Einführung des Achtstundentages zu verhindern, die von der Schriftsetzer-Gewerkschaft verlangt wurde.

Man sieht, diese kapitalistischen Unternehmer rechnen nicht mit der Tatsache, daß die Internationale der Arbeit das Vorbild war allen internationalen Verbindungen und daß die Solidarität eine proletarische Tugend ist.

Wenn die Arbeiter Deutschlands und wenn besonders die Frauen der Arbeiter nur für eine kurze Zeit ihre

Schuldigkeit tun und den Modazeitungen und Schnittmuster der „Butterick Publishing Company“ die Aufmerksamkeit schenken, die ihnen gebührt, so wird die Solidarität der europäischen Arbeiterklasse durchsetzen, was den amerikanischen Arbeitern allein zu erkämpfen nicht möglich war.

Ein Reichstaxifvertrag ist zwischen dem Rauschwarenverhand und dem Verband der vereinigten Rauschwarenverhand... Der Vertrag sieht die Einführung einer 18 Personen starken Tarifkommission vor, die ihren Sitz in Leipzig hat und deren Aufgabe es ist, Streitigkeiten zu schlichten sowie Preisfestsetzungen vorzunehmen.

Der Bäckerverband hatte am Schluß des Jahres 1908 18 786, im Jahresdurchschnitt 18 092 Mitglieder. Die Zunahme gegenüber dem Jahreseschluß 1907 beträgt 1488 Mitglieder.

Der Bergarbeiterverband hatte in dem 11 Monate umfassenden Geschäftsjahr 1908 eine Einnahme von 2 019 208 Mark, darunter 1 792 068 Mk. an Beiträgen.

Der Malerverband hat im letzten Jahre seine Mitgliederzahl um 474 vermehrt. Er verzeichnete Ende 1907 35 817, Ende 1908 36 391 Mitglieder.

Der Sattlerverband hatte ausweislich seiner soeben erschienenen Abrechnung Ende 1908 6664 Mitglieder, das bedeutet gegen die gleiche Zeit des Vorjahres, wo 7010 Mitglieder gezählt wurden, einen Rückgang der Mitgliederzahl um 346.

Der Tapeziererverband hat im Jahre 1908 einen Mitgliederverlust von 635 erlitten. Seine Mitgliederzahl betrug Ende 1907 8470, Ende 1908 7844.

Der Zimmererverband hat im Jahre 1908 noch für 22 274 Mitglieder eine Erhöhung des Stundenlohnes um zusammen 497,84 Mk. und für 1751 eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um 90 1/2 Stunden erzielt.

Table with 3 columns: hours worked, 1907, 1908. Rows: under 10 hours, 10 hours, over 10 hours.

Es zeigt sich auch hier eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gegen 1907. Wenn man bedenkt, daß die wirtschaftliche Ungunst auch besonders im Baugewerbe zur Geltung kam, so ist diese Bewegung von Arbeitszeit und Lohnsatz bemerkenswert.

Soziale Rechtspflege.

Betriebsunfall bei Verrichtung einer Notdurft.

Wie die Nacharbeit Unfälle vermehren kann, die am Tage selten vorkommen werden, dafür wieder ein Beispiel. Die Oberleitung der Straßenbahn zu Wiesbaden mußte in Nacharbeit ausgeführt werden.

Arbeitslosigkeit im Monat Januar 1909.

Large table with columns for location (Gau), date, and employment statistics (Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten).

Die Zahlstellen, welche nicht berichtet haben, sind: Czerst, Marienburg, Rummelsburg, — Sahnitz, — Kreuzburg, — Drossen, Eberswalde, Muskau, Zehdenitz, — Zriptsis, — Delitzsch, — Neuenburg, — Gtten, Ulfar, Verden, — Beuel, Oberhausen, Rhehdt, — Andernach, Bacharach, Diedenhofen, Homburg, — Wittwis, — Rosenheim, — Lahr und St. Ludwig.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Table comparing unemployment numbers for January 1909 across different months and locations.

haupt am Leben erhalten blieb. Als er aber später Kunde von der angehörigen Straßen-Kleinbahn-Berufsgenossenschaft haben wollte, wurde er mit der Bemerkung abgewiesen, daß ein Betriebsunfall nicht vorliege, weil er, um seine Notdurft zu verrichten, also im „eigenwirtschaftlichen Interesse“ seine Betriebsstelle verlassen habe und dabei in eine Baugrube gefallen sei, welche mit dem Straßenbahnbetrieb in keinerlei Zusammenhang gestanden habe.“

Der Schwerverletzte legte Berufung gegen diesen sonderbaren Bescheid ein und machte geltend, daß er seine Arbeitsstelle verlassen mußte, um seine Notdurft zu verrichten, weil ja kein Abort vorhanden war, auch alle Nachbarhäuser um Mitternacht verschlossen gewesen seien. Da auch ein reger Verkehr noch auf der Straße stattgefunden habe, so mußte er schon aus Gründen der Sittlichkeit eine dunkle Stelle aufsuchen.

Die Berufsgenossenschaft hielt aber an ihrer Ablehnung fest, machte geltend, daß der Verletzte eine öffentliche Bedürfnisanstalt aufsuchen mußte, statt sich in Gefahr zu begeben. Das Schiedsgericht war aber anderer Meinung und sprach sich für einen Betriebsunfall aus. Es bestche allerdings kein innerlicher betrieblicher Zusammenhang zwischen der zur Kanalanlage aufgeworfenen Grube und den Einrichtungen der Straßenbahngesellschaft. Da aber eine Gelegenheit zur Verrichtung der Notdurft auf der Arbeitsstelle selbst nicht getroffen war, die Arbeiter vielmehr im Bedürfnisfalle diese Grube aufzusuchen gezwungen waren, so „kann in diesem Falle ein Ausschneiden aus dem Banne des Betriebes nicht angenommen werden, zumal der Verletzte durch den regen Verkehr am Unfallorte genötigt war, einen geschützten Ort aufzusuchen“.

Die Berufsgenossenschaft wollte natürlich dieses Urteil nicht gelten lassen und legte Rekurs ein. Erfreulicherweise hatte aber dieser Rekurs keinen Erfolg. Auch das Reichsversicherungsamt sprach sich dahin aus, daß ein Betriebsunfall vorliege. „Der Gang, um den es sich handelt“, heißt es im Urteil, „war allerdings zu rein persönlichen Zwecken unternommen, indessen ist der Kläger dadurch nicht aus dem Banne des Betriebes ausgeschieden, da es sich nur um eine ganz vorübergehende Unterbrechung der Arbeit usw. handelte. Der Kläger war aber auch gezwungen, die Arbeitsstätte zu verlassen, da auf ihr keine

Gelegenheit zur Verrichtung der Notdurft vorhanden war. Und da die nächste öffentliche Bedürfnisanstalt zu weit entfernt lag, alle Häuser bereits verschlossen waren, war er gezwungen, sich einen anderen geeigneten Ort zu suchen. Bei dieser Sachlage ist der ursächliche Zusammenhang zwischen Unfall und Betrieb gegeben. Der Unfall ist auf das Fehlen einer Gelegenheit zur Verrichtung der Notdurft der Arbeiter, also auf eine mangelhafte Einrichtung des Betriebes zurückzuführen. Es lag also ein Betriebsunfall vor, für dessen Folgen die Berufsgenossenschaft zu haften hat.“

Polizeiliches und Gerichtliches.

Unternehmer in den Schlingen des § 153. Unter dieser Stichmarke haben wir im vorigen Jahre (siehe „Holzarbeiter-Zeitung“, Jahrgang 1908, Seite 231) von der Verurteilung des Berliner Obermeisters Schmidt von der Bäckereimung „Concordia“ zu drei Tagen Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung Notiz genommen. Dieser Fall ist deshalb besonders interessant, weil die Praxis der Gerichte Anlaß zu der Annahme gibt, als ob der fragliche Paragraph nur gegen Arbeiter angewendet würde. Obwohl Fälle von Terrorismus, der von Unternehmern gegen ihre Kollegen verübt wird, die bei Differenzen mit den Arbeitern nicht alle Schritte der Scharfmacher mitmachen, durchaus nicht selten sind, so fühlt sich doch die Staatsanwaltschaft in der Regel nicht bemüht, gegen solche Unternehmer Anklage zu erheben, um so schreidiger ist aber ihr Auftreten gegen Arbeiter.

Auch im vorliegenden Fall mußte erst das Kammergericht angerufen werden, um den zuständigen Staatsanwalt zu veranlassen, Anklage zu erheben und die Strafe fiel im Vergleich zu den Urteilen, die in ähnlichen Fällen gegen Arbeiter gefällt werden, äußerst milde aus. Gegen das Urteil der Strafkammer hat Meister Schmidt trotzdem Revision angemeldet; es wollte ihm durchaus nicht in den Sinn, daß er für ein Vergehen bestraft werden soll, das andere Unternehmer unzählige Male begehen, ohne daß ihnen deshalb ein Haar gekrümmt wird. Es mußte ihm aber nichts, das Reichsgericht hat jetzt die Revision verworfen. Ob der Obermeister seine drei Tage absetzen wird, ist freilich eine andere Frage. Seine Hoffnung auf die Gnade des Königs wird sich wohl als begründet erweisen.

Eingefandt.

Die kommenden Wochen dürften wohl bei uns Holzarbeitern im Zeichen eifrigster Agitation stehen und kein Kollege wird hierbei seine tatkräftige Mitarbeit versagen. Bei dieser Gelegenheit erscheint es mir angebracht, einen leichten, in die Erinnerung zurückzurufen, nämlich die Ueberweisung freiwilliger Beiträge der Zahlstellen an die Gaukassen. Wer die kolossalen Ansprüche kennt, die zurzeit der Krise an unsere Hauptkassen gestellt werden, dürfte mir wohl zustimmen, zumal ja in den letzten Jahren in einer Reihe von Zahlstellen sich recht erhebliche Lokalkassenbestände angesammelt haben. Ich lege dabei gar nicht einmal so großen Wert auf die Entlastung der Hauptkassen, als auf die Betätigung gemeinsamer Opferfreudigkeit, wenn es gilt, große Arbeit zu leisten. Kürzlich war ich als Zugerestener Zeuge, wie in einer großen Stadt Süddeutschlands über solche Fragen diskutiert wurde und konnte ich mich des Gedankens nicht entschlagen, „je mehr Mittel in den Lokalkassen, desto größer auch der lokale Sozialismus, welcher besonders geflissentlich von den Lokalbeamten betreten wurde.“ Liegt hierin nicht eine Gefahr für den Verband? Bei der Kollegenschaft dürfte mein Vorschlag wohl kräftigen Widerhall finden. Nicht nur durch kräftige Mitarbeit bei der Agitation wollen wir den Verband tüchtig vorwärts bringen, auch in der Ueberweisung von Geldern aus den Lokalkassen an die Gaukassen soll sich die Opferfreudigkeit der Zahlstellen und deren Einverständnis mit den Anordnungen des Hauptvorstandes bekunden. Der Erfolg kommt doch auch den Zahlstellen wieder zugute. Vielleicht findet sich in jeder Zahlstelle ein Kollege, der meine Anregung dort zu einem Antrag verbrichtet.

Briefkasten.

* Infolge Raummangels mußten einige umfangreiche Berichte von Köln und Leipzig, die erst am 15. Februar bei uns eingingingen, bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.
München, Bürstenmacher. Zwei Stempel sind kein Ersatz für die fehlende Unterschrift.

Kollegen! Abonniert das Fachblatt für Holzarbeiter.

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 8 Uhr, allgemeine Drechsler-Versammlung im Gasthaus „Kamun“ in Oberad. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Neuwahl der Sektionsleitung, 3. Beschließendes.

Wiesbaden. Mittwoch, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr, Dessenf. Holzarbeiter-Versammlung im Thüringer Hof.

Anzeigen.

Altenberg-Gelting. Bevollmächtigter Franz Sandig, Gelting, Zepfstraße 185. Reiseunternehmung nach Ostpreußen, Ost- und Westpreußen, am 12. März, abends 7 Uhr. Die Versammlungen finden jeden 1. Sonntag im Monat nachm. 8 Uhr im Verkehrslokal von Wilsch, Anstalt, Gelting, statt.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Stellmacher, Bürstenmacher und Korbmacher befindet sich Ledertstraße 3. Die Kollegen werden ersucht, diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umschauen ist streng verboten. Die Reiseunternehmung wird nur im Reichswissenschaftsbüreau ausbezahlt.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich Begulienberg 10. Wir ersuchen die Kollegen, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umschauen streng verboten.

Schneidemühl. Die reisenden Kollegen werden ersucht, sich stets in dem Verkehrslokal bei Bloch, Weststraße 41, zu melden. Alle Zuschriften sind bis auf weiteres zu richten an Hermann Wint, Güterbahnhofstr. 2.

Schwerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schweriner Gesellschaftshaus, Gr. Moor 51, geöffnet 6 1/2-7 1/2 Uhr abends. Umschauen streng verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Giner, Schwalbacherstraße 71. Ein. I. Umschauen ist streng verboten. Die Reiseunternehmung wird im Gewerkschaftshaus, Weststraße 41, ausbezahlt. Am Wochenende abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Halle a. S.

Unsere Herberge und Verkehrslokal befindet sich von jetzt an im Gasthof „Drei Könige“, Kl. Klausstr. 7. Die reisenden Kollegen wollen dies beachten.
Die Ortsverwaltung.

2 tüchtige Hutformtischler

sucht M. Berger, Frankfurt a. M., Frankfurterstraße 70.

In gr. Dorfe bef. gangb. Tischlerei m. 3 Hobelb. u. g. Werkz. billigst zu verkaufen. Gef. Anfr. erb. Freimarkt. Off. unt. L. R. 20 postl. Weesenlaublingen, Br. Sachsen.

Geübte Hartgummi-Drechsler auf Zillfederhalter gesucht.

Heidelberger Federhalter-Fabrik, Heidelberg.

Zur Führung einer guten Tischlerei von 4 Bänken, in Kl. Stadt der Nied.-Laußitz, wird ein tücht. resp. ev. Tischler, nicht unt. 30 Jahr., bei freier Station gesucht. Arbeit: Bau, Möbel, Särge, Reparaturen usw. Gelegenheit zur Geschäftsübernahme unter günstigen Bedingungen vorhanden. Etwas Vermögen, Photographie, sowie Fähigkeit im Kalkulieren und Entwerfen erwünscht. Gef. Off. unter L. V. 143 an die Exped. der „Holzarbeiter-Zeitung“ erbeten.

Drechsler auf Hefte sucht Richard Mertens, Worsbach a. Sieg (Westf.)

Ein tüchtiger Korbmacher auf Geschlagenes sucht Otto Lange, Korbmacher, Sprunge in Hamm.

2 jüngere Korbmacher auf Wasch- und Reife färbe, einen auf grün Geschlagenes sofort gesucht.

Arbeiter, S. W. Reg. 1.

Jüngerer Korbmacher sofort oder bald gesucht. Hoher Lohn, dauernde Stellung. Fern. Handewig, Welbert, Rheinl.

2 tüchtige Gestellarbeiter auf Pöddigsmöbel bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung gesucht.

Peter Löllmann, Schwanheim bei Frankfurt a. M., Feldbergstr. 10.

Tüchtiger Bandsägenschnelder und Freihandhohrer für Wirstenholzerfabrik gesucht. Dortmund. Biassabawaren-Fabrik. Adolf Eugen Doenicke, Dortmund.

Die Besteller der kleinen **Klob-Bilder** bitten wir, sich noch einige Wochen zu gedulden, da eine neue Lieferung erst angefertigt werden muß.
Der **Verbandsvorstand**.

Tischler-Fachschule.
Zeichner, Werkführer, Meister.
Neustadt i. Meckl.
Staatlich subv. Progr. kostenlos

Größte deutsche
Tischler-Fachschule Detmold
Neu: Ausbildung, Progr. frei. Zum Selbstunterricht empfohlen: Die Sillhore F. Tischler, mit 100 Abbild. aller Sillarten. Mk. 4. Direktor Reineking, Detmold.

Der **Fachschulunterricht** ist bis ins kleinste nachgeahmt in den Selbstunterrichtswerken: **Die Bauschreinerschule, Die Kunst- und Möbelschreinerschule, Zimmermeisterschule, Polierschule, Holzbildhauerschule.** Glänzende Erfolge. Prospekte und Anerkennungs schreiben gratis u. franko. Ansichtsendungen bereitwilligst.
Bonnes & Hachfeld, Potsdam-R. 1.

Achtung! Tischlergehilfen!
Lassen Sie sich meine Preisliste über vorteilhafte, zelterisparende Werkzeuge kommen. **Gutes Werkzeug halbe Arbeit.**
Ich versende solche an jedermann **gratis und franko**
Bei Anfragen wolle man auf dieses Blatt Bezug nehmen.
Febr Buch, Hagen i. V.

Der Almanach 1909
ist immer noch in einigen Exemplaren vorrätig. Wir bitten um baldige Bestellung.
Der **Verbandsvorstand**.
Berlin C., Neue Friedrichstr. 2.

Waubürgerei
Reichsbühnerei :: Holzbrandmalerei
Liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz, J. Brandel, Mutterstadt 95, Pfalz.
Reichhalt. Katalog gratis u. franko.
Dr. Quadratmeter
ausgeholt von 1 Mark an

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23
Nach meinem durch **zwei deutsche Reichspatente** gesch. neuen Poller-Verfahren werden die Poren des Holzes beim Pollieren mit spritzlöslichem Pollerpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht:
:: eine sofortige Porenfüllung ::
man **erspart Material, Zeit, Arbeit,** erzielt **:::** edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, vermeidet **:::** Oelaustritt, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.
Beim Pollieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.
Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupollieren der Poren spritzlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.
Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:
1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpollieren
1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpollieren
1 „ Patent-Politur zum Reinpollieren
1 „ allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlsteinen usw.
1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1 „ Schleif- und Polleröl, gelblich
1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“
1 „ Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
1 „ Bimstein-Pollerpulver, hellnussbraun
1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen
1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm
zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.
Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellung genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspollieren à **8 Mark**.
Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Pollieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 100 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Waide-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1,50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückerstattet.
Werkstattplauderei Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktion, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.